

AKTIVIST.IN



FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 4/ DEZEMBER 2017



CHINA

Ni Yulan trotz der
Verfolgung

TÜRKEI

Idil Eser und weitere
Menschenrechts-
verteidiger*innen sind frei

INDIEN

Feministischer Online-
Aktivismus mobilisiert

NETZWERK FRAUENRECHTE





WEB
<http://frauenrechte.amnesty.at>
E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at
FACEBOOK
[amnestynetzwerkfrauenrechte](https://www.facebook.com/amnestynetzwerkfrauenrechte)
TWITTER
[@AIFrauenrechte](https://twitter.com/AIFrauenrechte)

SPENDENKONTO
BIC: GIBAATWWXXX
IBAN: AT142011100000316326
lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH
Verwendungszweck
NETZWERK FRAUENRECHTE
*Spenden an Amnesty sind
steuerlich absetzbar*

Liebe Unterstützer*innen! Liebe Amnesty-Freund*innen!

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Doch auch in der „besinnlichen“ Zeit des Jahres werden wir nicht müde, uns gegen Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Wie notwendig das ist, zeigen die aktuellen Fälle, über die wir dieses Mal berichten.

Besonders in der **Türkei** werden nach wie vor massive Menschenrechtsverletzungen begangen, viele Frauen sind ungerechtfertigt in Haft. Auch wenn wir uns freuen, dass acht der „Istanbul 10“, die im Sommer verhaftet wurden, freigelassen wurden, ist der Kampf noch nicht vorbei. Die Anklagen bestehen weiterhin, und auch Taner Kiliç ist noch immer in Haft.

Zum Jahresende haben Sie außerdem die Möglichkeit, sich besonders aktiv einzusetzen und am Amnesty **Briefmarathon** teilzunehmen. Über die einzelnen Fälle und wie Sie sich einbringen können, informieren wir Sie auch auf den Amnesty-Websites und den Social Media.

Zu Aktivismus rufen wir gemeinsam mit anderen Frauenrechtsorganisationen natürlich auch zu den „**16 Tagen gegen Gewalt an Frauen**“ auf. Wie verheerend insbesondere sexuelle Gewalt sich auf Frauen auswirkt, zeigt der alarmierende Bericht über Frauen aus und im Südsudan. Seit Eskalation des Konflikts geben über 70 Prozent der befragten Frauen an, Opfer sexualisierter Gewalt geworden zu sein.

„**Es beginnt hier**“ ist der (deutsche) Titel der aktuellen Amnesty-Kampagne zur Unterstützung und Stärkung von Menschenrechtsaktivist*innen überall auf der Welt. „Es beginnt hier“ bekommt nach den letzten Wahlen und ihren alarmierenden Ergebnissen in Österreich und Deutschland leider auch einen anderen Unterton – und macht uns bewusst, dass Menschenrechte auch mitten in Europa nicht mehr selbstverständlich sicher sind. Bleiben wir wachsam!

Auch über interessante Veranstaltungen berichten wir dieses Mal: Beiträge vom Treffen von Amnesty-Aktivistinnen in Bern, der 20-Jahr-Feier von UN Women in Österreich, einer OSZE-Konferenz zu Menschenhandel und ein Interview mit Dr.ⁱⁿ Hengstberger, die einen wertvollen und sehr persönlichen Einblick in ihre Arbeit in der Entwicklungshilfe gibt, runden unsere Ausgabe ab.

Und natürlich ist Ihnen unser neues **Layout** nicht entgangen! Sie erhalten die AKTIVISTIN jetzt in Farbe, nicht weil wir ein designtes Hochglanzmagazin produzieren wollen, sondern weil mittlerweile der Farbdruck günstiger ist, als das eigenhändige Kopieren. Sehen Sie bitte über graphische Schnitzer hinweg. Das Heft ist weiterhin linnenhaft „selbst gestrickt“.

Bitte schicken Sie unsere Appellbriefe ab. Sie wissen, Ihre Stimme hilft.
Nadine Haumann für das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte



FREIWILLIGENMESSE 2017 im Wiener Rathaus: Mitglieder der Wiener Amnesty-Gruppen informierten Interessierte über die Möglichkeiten der ehrenamtlichen Arbeit bei Amnesty International. Das Netzwerk Frauenrechte war eifrig bei der Standbetreuung dabei.



HELLWACH. Etwa 30 Frauen-NGOs nahmen am 21. September, dem Internationalen Tag des Friedens, an einer Aktion, organisiert von WAVE, vor dem Justizpalast in Wien teil. Es gab bewegende Statements gegen Gewalt an Frauen. Barbara Wagner, die Sprecherin des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte, wies auf die zunehmende Gefährdung von Frauen / Menschenrechtsaktivistinnen in vielen Ländern hin.



TÜRKEI: IDIL ESER IST FREI!

Acht Menschenrechtsverteidiger*innen aus der Haft entlassen

Ein Gericht in Istanbul hat am 26. Oktober entschieden, acht der inhaftierten Menschenrechtsverteidiger*innen frei zu lassen. Unter den Freigelassenen befindet sich die Direktorin von Amnesty International Türkei, Idil Eser. Das Verfahren gegen die Angeklagten geht jedoch weiter.

Zehn der Angeklagten, darunter Idil Eser, waren am 5. Juli 2017 nach einem Weiterbildungsworkshop in Büyükada bei Istanbul verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft wirft den Angeklagten ohne jegliche stichhaltigen Beweise vor, ein „geheimes Treffen zur Organisation eines Aufstands im Gezi-Stil“ organisiert zu haben. Auch Taner Kılıç, Präsident von Amnesty Türkei, soll von diesem Treffen gewusst haben. Zudem wird gegen ihn eine separate Anklage wegen „Mitgliedschaft in der Terrororganisation Fethullah Gülen“ vorgebracht. Auch diese entbehrt jeglicher Grundlage.

Taner Kılıç war hingegen schon einen Monat zuvor in Haft genommen worden. In Izmir begann ein separates Verfahren ge-

gen ihn. Er befindet sich weiterhin in Untersuchungshaft. Ihm wird mit absurden Begründungen vorgeworfen, Mitglied der Gülen-Bewegung zu sein, die die türkische Regierung für den Putschversuch vom Juli 2016 verantwortlich macht.

Der Vorwurf basiert auf der Behauptung, er habe eine App heruntergeladen, die von Gülen-Anhänger*innen genützt wird. Zwei unabhängige forensische Gutachten, die von Amnesty International beauftragt wurden, belegen jedoch, dass die besagte App niemals auf seinem Telefon gewesen war.

Gegen die offensichtlich konstruierte Anklage und die Verhaftungen protestierten tausende Aktivist*innen. Zahlreiche Politiker*innen forderten die Freilassung.

„Wir nehmen uns jetzt einen Moment, um zu feiern. Doch schon heute werden wir weiter dafür kämpfen, dass Taner, Idil und ihre Kolleg*innen von diesen haltlosen Vorwürfen freigesprochen werden“ sagte Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International nach der Freilassung der Aktivist*innen.

WERDEN SIE AKTIV!

Auf [amnesty.at](https://www.amnesty.at) finden Sie Online-Petitionen für die Freilassung von Taner Kılıç sowie die Forderung, alle Anklagen gegen die Aktivist*innen fallen zu lassen.

FRAUEN ALS OPFER EINER HEXENJAGD IN DER TÜRKEI

670 Kinder sind derzeit in der Türkei mit ihren Müttern im Gefängnis, fast 17.000 Frauen aus politischen Gründen in Haft.

Von Selina Kaya, Aktivistin, Mitglied des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte, lebt in Wien

Die Situation der Menschenrechte in dem EU-Beitrittskandidaten Türkei war schon über eine längere Zeit problematisch. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung machten militärische Einsätze im Südosten des Landes manche Städte dem Erdboden gleich; zahlreiche Einwohner*innen waren gezwungen, ihre Wohnungen und Häuser zu verlassen¹. Ausgangssperren, die mehrere Tage dauerten, wurden verhängt, und die Menschen konnten dadurch ihren einfachsten Grundbedürfnissen nicht nachgehen².

Hinzu kommt, dass diese Menschenrechtsverletzungen nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 einen Höhepunkt erreichten. In derselben Nacht noch wurden Dienstwohnungen von Richter*innen und Staatsan-

wält*innen gestürmt und etwa 2800 Personen festgenommen, obwohl bis heute nicht klar ist, wer eigentlich hinter diesem Putschversuch steckt³. Innerhalb weniger Tage wurden tausende Menschen mit Terroraktivitäten in Verbindung gebracht, und Herkunft, politische Einstellung oder Glaube einer Person waren Grund genug, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden.

Seit jenem Tag wurden fast 150.000 Personen, unter ihnen Akademiker*innen, Ärzt*innen, Lehrer*innen, Anwalt*innen, Richter*innen, Beamt*innen, und Büroangestellte unter dem Vorwand des Ausnahmezustandes ohne Anhörung oder Gerichtsverhandlung entlassen⁴. Fast 60.000 Menschen wurden im Rahmen von Ermittlungen verhaftet⁵. Unter den Verhafteten befinden sich fast 17.000 Frauen⁶.

Die Stimmung im Land hindert Menschenrechtsorganisationen ihrer Arbeit effizient nachgehen zu können. Mehr noch: Viele

Menschenrechtsverletzungen konnten nicht einmal dokumentiert werden.

FREIE HAND FÜR WILLKÜR. Zudem ermöglichen die Massenverhaftungen von Journalist*innen und Angestellten des Justizapparats, dass die Regierung freie Hand bekommt und agieren kann, wie sie will. Beispiel dazu ist u.a. die Verhaftung der Menschenrechtsaktivist*innen, die an einer Podiumsdiskussion von Amnesty International Türkei im Juli teilnahmen. Auch wenn vor wenigen Tagen für acht unter ihnen eine bedingte Freilassung ausgesprochen wurde, wird diesen Menschen weiterhin Terrorismus vorgeworfen, müssen sie sich einem Gerichtsverfahren stellen. Dieser Akt wird auch international scharf kritisiert und als öffentliche Drohung der türkischen Regierung gegenüber Menschenrechtsaktivist*innen in der Türkei eingestuft. Der Präsident von Amnesty Türkei, Taner Kılıç, sitzt weiterhin ohne gesetzliche Anklage in Haft. Im Folgenden möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es insbesondere Frauen sind, die unter den erwähnten Menschenrechtsverletzungen leiden, obwohl sie unter dem besonderen Schutz internationaler Konventionen stehen.

SCHLIMME HAFTBEDINGUNGEN FÜR FRAUEN. Wir sprechen hier von fast 17.000 Frauen und 670 Kindern⁷, die mit ihren Müttern unter schwierigen Gefängnisbedingungen leben. Um das Leid dieser Frauen zu zeigen, möchten wir über drei Frauen berichten. Eine dieser Gefängnisinsassinnen ist Nurhayat Yıldız. Die 28-Jährige, seit drei Jahren verheiratet, war bei ihrer Gefangennahme schwanger mit Zwillingen. Ihre Schwangerschaft verlief gesundheitlich ohne Probleme. Unter dem Vorwand der Nutzung der ByLock Applikation (Anm.: Die Messenger-App ByLock soll vor allem von Gülen-Anhänger*in-



Nurhayat Yıldız verlor ihre Zwillinge während der Schwangerschaft in der Haft.
Quelle: Turkey Purge

nen verwendet worden sein und dient den türkischen Behörden als Indiz) wurde sie in der 14. Schwangerschaftswoche auf dem Weg zu einer ärztlichen Untersuchung verhaftet und in eine Strafanstalt gebracht. In einer Zelle für acht Personen waren 25 Personen untergebracht, unter ihnen nun auch Yıldız. Zu den schwierigen Gefängnisbedingungen kamen Hygiene- und Sauerstoffmangel hinzu. Yıldız verlor am 40. Tag in dieser Strafanstalt, in der 19. Schwangerschaftswoche, am 6. Oktober 2016 ihre Zwillinge⁸. Der Familie wurde die Bestattung der toten Babys verweigert. Yıldız verlangte einen Beweis für ihre angebliche ByLock App-Nutzung. Beweismittel gab es jedoch nicht. Nach 13-monatiger Inhaftierung wurde die Verlängerung der Haft verfügt. Emin Çölaşan machte in der türkischen Tageszeitung Sözcü unter dem Titel „Stoppt diese Ungerechtigkeiten“ einen Brief von Nurhayat Yıldız publik. Laut Statistiken, welche im Oktober 2017 veröffentlicht wurden, beläuft sich die Zahl der Kinder unter sechs Jahren, die in der Türkei mit ihren Müttern in Haft sind, auf 668⁹.

DEUTSCHE ÜBERSETZERIN IM GEFÄNGNIS. Eines dieser Kinder ist Serkan Tolu¹⁰. Serkan Tolus Mutter Meşale Tolu ist deutsche Staatsbürgerin und Übersetzerin. Sie wurde am 6. Mai 2017 aufgrund einer anonymen Zeugenaus-



Serkan Tolu und seine Mutter Meşale Tolu sind seit Mai im Gefängnis.

Quelle: Stockholm Freedom Center



Yağmur Balcı wurde mit ihrem drei Monate alten Sohn Selim verhaftet.

Quelle: Siyasi Haber

sage aus dem Jahr 2015 verhaftet. Tolu erklärte vor Gericht, dass all ihre demokratischen Rechte während des Ausnahmezustandes aufgehoben worden waren und Artikel gegen sie in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht wurden. Die Anwältin von Meşale Tolu, Ezgi Güngördü, betont, dass ihre Mandantin, die für die Nachrichtenagentur ETHA arbeitete, ohne jeglichen Gesetzesverstoß mit ihrem dreijährigen Sohn hinter Gittern ist¹¹.

GESETZESWIDRIG IN HAFT. Laut dem Gesetz Nummer 5275 muss die Inhaftierung von Schwangeren oder Müttern, deren Babys unter sechs Monaten sind, aufgeschoben werden, sofern kein endgültiges Urteil ausgesprochen wurde¹². Trotzdem befinden sich, vor allem seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016, viele Frauen mit ihren Kindern im Alter bis zu sechs Jahren in Haft. Es gibt weder ein gültiges Gerichtsurteil noch eine Anklageschrift. Eine dieser Frauen ist Yağmur Balcı, die mit ihrem drei Monate alten Sohn, Selim Balcı, verhaftet ist. Wie bei vielen anderen Oppositionellen auch, wird ihr die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ vorgeworfen. In einem Bericht auf BBC Türkei erklärte ihre Schwester Zehra (27), dass die Gefängnisbedingungen für Babys nicht geeignet seien. Selim bekäme weder Beikost, noch hätte er genug Platz zum Krabbeln. Selbst Feuchttücher seien verboten¹³. Das sind nur drei Beispiele von vielen tausenden Frauen, die sich in der Türkei in Haft befinden, ohne endgültigen Urteilsspruch, ohne zu wissen, welcher Vergehen sie überhaupt beschuldigt werden. Wir alle, die wir uns für die Menschenrechte einsetzen, sollten diesen Menschen, die ihre Stimme nicht erheben können, weil sie zu Unrecht inhaftiert sind oder unter großem politischem Druck stehen, eine Stimme geben.

Quellen:

¹<http://zorlayerindenedilenler.org>

²<https://www.hrw.org/tr/news/2016/07/11/291848>

³<http://www.aljazeera.com.tr/haber/2-bin-745-hakim-ve-savci-hakkinda-gozalti-karari>

⁴<https://www.amnesty.org/en/documents/eur44/6272/2017/tr/>

⁵<https://turkeypurge.com/>

⁶<https://turkeypurge.com/mothers-day-2017-over-17000-turkish-women-behind-bars-across-turkey>

⁷<https://www.birgun.net/haber-detay/3-ayda-108-cocuk-daha-cezaevine-mahk%C3%BBmedildi-174813.html>

⁸<http://www.sozcu.com.tr/2016/yazarlar/emin-colasan/bu-haksizliklari-durdurun-1448641/>

⁹http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/843597/Cezaevleri_bebek_dolu.html

¹⁰<http://www.dw.com/tr/me%C5%9Fale-tolu-hakimkar%C5%9F%C4%B1s%C4%B1na%C3%A7%C4%B1kt%C4%B1/a-40899147>

¹¹<http://www.dw.com/tr/me%C5%9Fale-tolu-hakimkar%C5%9F%C4%B1s%C4%B1na%C3%A7%C4%B1kt%C4%B1/a-40899147>

¹²<http://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5.5275.pdf>

¹³<http://www.bbc.com/turkce/haberler-turkiye-40831729>

NI YULAN TROTZT DER VERFOLGUNG

CHINA: Weil sie sich für aus ihren Häusern Vertriebene einsetzte, wurde die Anwältin mehrmals verhaftet und so schlimm misshandelt, dass sie heute im Rollstuhl sitzt.

© Artwork von Rebecca Hendin für den Briefmarathon 2017



Seit beinahe 20 Jahren setzt sich die ehemalige Anwältin Ni Yulan für Menschen in Peking ein, die für lukrative Bauprojekte aus ihrem Zuhause vertrieben wurden. Weil sie 2002 den Abbruch eines Hauses filmt, nimmt die Polizei sie fest. Sie wird gefoltert, man

bricht ihr die Knie und Fußknöchel. Ihre Verletzungen sind so schwer, dass sie von da an im Rollstuhl sitzt, doch als sie eine offizielle Beschwerde einreicht, wird sie wegen „Behinderung öffentlicher Arbeit“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Im Zuge der Vorbereitungen für die Olympischen Spiele 2008 verlieren auch Ni Yulan und ihre Familie ihr Heim. Es beginnt ein unerbittlicher Kreislauf – wann immer Ni Yulan und ihre Familie eine Unterkunft finden, werden sie kurz darauf von Sicherheitskräften oder Polizist*innen in Zivil wieder daraus vertrieben, teilweise mit Gewalt. Vermieter*innen werden unter Druck gesetzt, nicht an sie zu vermieten. Oft sind sie über Monate hinweg obdachlos und müssen auf der Straße leben. Derzeit droht ihnen die vierte Zwangsräumung in diesem Jahr.

Doch ihr Mut ist ungebrochen! Ni Yulan gibt nicht auf und lässt sich nicht von der Schikane der Behörden einschüchtern: „Wir werden diesem Druck nicht nachgeben, weil wir in dieser Welt nicht überleben können, wenn wir unsere Rechte nicht verteidigen.“ Ni Yulan verkörpert die Widerstandskraft, mit der Menschenrechtsverteidiger*innen unermüdlich gegen Ungerechtigkeit kämpfen und sich für die Rechte anderer einsetzen.

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief für Ni Yulan bis Ende Dezember ab.

BRIEFMARATHON - DER GRÖSSTE MENSCHENRECHTS-EVENT DER WELT

Menschen in über 200 Ländern nehmen an verschiedenen Aktivitäten teil, bei denen Unterstützer*innen gemeinsam Millionen von Briefen, E-Mails, Postkarten, Tweets und Petitionen für Menschen in Gefahr schreiben.

Mehr als 25.000 Menschen haben sich in Österreich am Briefmarathon 2016 beteiligt und dabei über 55.000 Appelle verschickt.

Mehr zum Briefmarathon vom 4. bis 18. Dezember 2017 auf amnesty.at. Alle zehn Fälle dieses Jahres finden Sie auf regionwien.amnesty.at.

Ihre Stimme zählt. Nutzen Sie sie auch weiterhin.

SHACKELIA JACKSON GIBT NICHT AUF

JAMAICA: Seit ihr Bruder von der Polizei erschossen wurde, kämpft Jackelia Jackson für Gerechtigkeit für Opfer von Polizeigewalt und wird deswegen ständig drangsaliert.

Es ist der 20. Jänner 2014. Nakiea Jackson arbeitet in seiner Imbissstube in Kingston, als plötzlich Sicherheitskräfte den Laden stürmen.

Sie sind nach einem Raubüberfall auf der Suche nach einem Mann mit Dreadlocks – Nakiea hat Dreadlocks. Plötzlich fallen zwei Schüsse. Nakiea verliert sein Leben. Er ist vollkommen unschuldig. Shackelia Jackson sorgt sofort dafür, dass unabhängige Ermittler*innen den Tatort absichern.

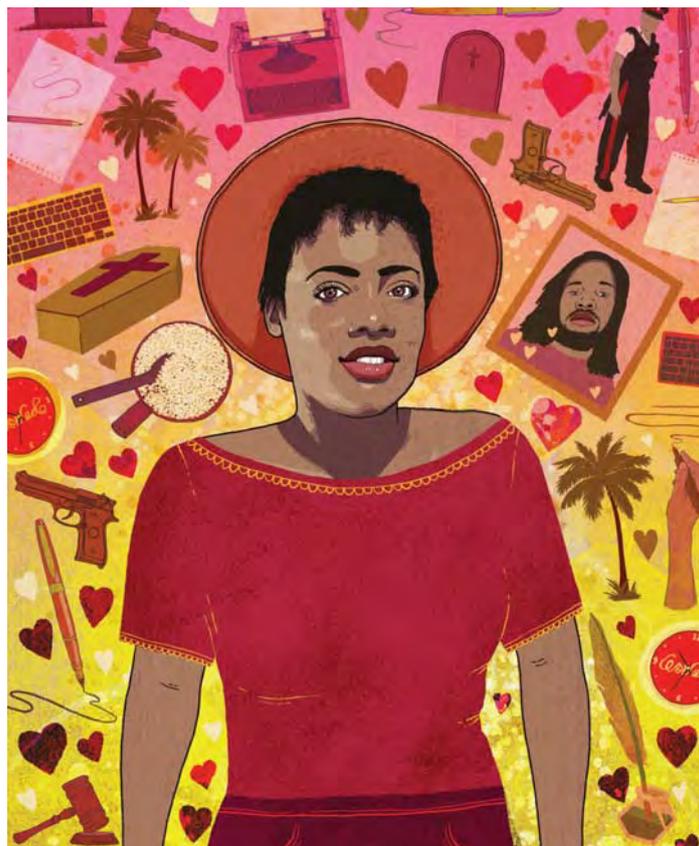
Eine Polizeiaufsichtsbehörde vor Ort führt eine Untersuchung durch. Gegen einen Polizisten wird Anklage erhoben. Doch die gerichtliche Anhörung und weitere Untersuchungen werden von den Behörden systematisch hinausgezögert.

Shackelia trommelte Familien zusammen, deren Angehörige in ähnlicher Weise getötet wurden und fordert immer wieder die lückenlose Aufklärung. Sie und ihre Familie werden fortan von der Polizei massiv bedroht und schikaniert. Doch Shackelia lässt sich nicht einschüchtern!

KEIN EINZELFALL. Die Geschichte von Nakiea ist kein Einzelfall. Dutzende Familien in Jamaika erleiden ähnliche Schicksalsschläge. Mehr als 2.000 Menschen wurden im letzten Jahrzehnt von der Polizei getötet. Es sind vor allem junge, arme Männer, die der Polizeigewalt zum Opfer fallen.

Bedrohungen und Einschüchterungsversuche von Zeug*innen und Angehörigen sind trauriger Alltag.

Doch Shackelia gibt nicht auf! Sie kämpft weiterhin dafür, die Wahrheit hinter dem Tod ihres Bruders ans Licht zu bringen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Und darüber hinaus ist Shackelia mittlerweile durch ihr Engagement zur Stimme der Gerechtigkeit in Jamaika geworden.



© Rebecca Hendin

„Ich kämpfe, weil ich keine andere Wahl habe. Aufzuhören würde bedeuten, dass ich einem anderen Polizisten die Erlaubnis gebe, einen anderen meiner Brüder zu töten.“

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief für Jackelia Jackson bis Ende Dezember ab.

ONLINE-AKTIVISMUS IN INDIEN

Bei einem Treffen von Amnesty-Frauenrechtsaktivist*innen in Bern berichtete die Gründerin der Plattform „Feminism in India“ über ihre Initiative.

Von Barbara Wagner,
Sprecherin des Amnesty-
Netzwerks Frauenrechte



Japleen Pasricha, Gründerin der
Bewegung „Feminism in India“
© feminisminindia.com

Japleen Pasricha gründete die Bewegung „Feminism in India“, die gegen Stereotypen und insbesondere gegen Gewalt an Frauen in Indien kämpft. Dafür nutzt sie Online-Aktivismus. „Feminism in India“ ist eine Plattform, die ein Magazin betreibt und Videos zu verschiedenen feministischen Themen veröffent-

licht. Im Magazin gibt es jeden Monat einen anderen Schwerpunkt. Im September war das Thema Frauen in der Wissenschaft. Daneben werden Kampagnen und Forschung betrieben, Schulungen durchgeführt und Veranstaltungen organisiert.

Im Rahmen einer Konferenz in Bern konnte Amnesty mit Japleen Pasricha sprechen. Sie hielt dort einen Workshop über Online-Aktivismus ab.

Feminismus entwickelte sich wie natürlich bei ihr, da sie aus einem Land stammt, wo Buben mehr wert sind als Mädchen.

Die Besucher*innen ihrer Plattform sind zwischen 18 und 24 Jahre alt, wie die meisten Leute in Indien. Deswegen hat sie diese Art des Aktivismus gewählt. Social Media überwinden die Hierarchie der Medien. Über Social Media können Leute Einfluss nehmen. Ihre Bewegung ist sehr divers, was das Schöne für sie ist. Sie spricht beim Onlineaktivismus

aber nicht nur über Frauen in Indien, es geht auch um Trans-Frauen, indigene Frauen in Australien oder Frauen in Syrien. Wenn nicht über alle Frauen gesprochen wird, ist das für sie nicht Feminismus.

Das Internet gibt jeder*m die Möglichkeit, etwas zu gestalten, sich auszudrücken. Das Internet spiegelt aber auch die Gesellschaft wider. Sexuelle Gewalt wird im Internet zu Online-Gewalt.

FÜR STRATEGIE & ORGANISATION. Japleen Pasricha verwendet das Internet als strategisches Instrument. In Indien nutzen viele Politiker*innen Twitter. Das gibt der Bevölkerung die Möglichkeit, etwa den Premierminister über Twitter anzuschreiben. Im September gab es einen Fall, bei dem ein Bollywoodstar aus den 60er-Jahren einer jungen Frau die Nachricht „Fuck you bitch“ schrieb. Es dachte, er käme damit davon. Die Nachricht wurde veröffentlicht. Der Star musste sich dafür dann rechtfertigen.

Online-Aktivismus ist auch für das Organisieren von Offline-Treffen und öffentlichen Aktivismus wichtig. 2013 gab es eine Gruppenvergewaltigung in Neu-Delhi. Es gab viele Proteste, die Leute gingen tagelang auf die Straße. Es kam zu einer Gesetzesänderung. Stalking (physisch und online) wurde verboten. Vergewaltigung in der Ehe ist noch immer kein Verbrechen. Es wird argumentiert, dass das gegen die Kultur wäre. Das muss noch geändert werden.

Die erste Informationsquelle in Indien ist Wikipedia. Nur neun Prozent der Postenden sind Frauen. Daher entschloss sich Japleen Pasricha, in Wikipedia über die Geschichte der Frauenbewegung in Indien zu schreiben. Sie organisierte einen Marsch gegen sexuelle Belästigung auf der Straße (#IWillGoOut) mit. Die Märsche fanden in 30 Städten statt. Die Organisation erfolgte online über Facebook und Whatsapp. In Indien vertritt man die Meinung, dass Frauen nach 20 Uhr nicht aus

KAMPAGNEN VON FEMINISM IN INDIA BISHER:

- #INeedFeminism: Eine öffentliche Kampagne zur Bewusstseinsbildung, bei der Menschen befragt wurden, warum Feminismus wichtig ist.
- #SurvivorsStories: Das Sammeln von Geschichten Überlebender sexueller Gewalt.
- #GBVInMedia: Analyse wie Gewalt gegen Frauen in Medien thematisiert wird.
- #SupportNotStigma: Eine Kampagne für die Verbesserung der psychologischen Betreuung und zur Beendigung der Stigmatisierung.
- #DigitalHifazat: Eintreten für ein sicheres Internet für Frauen und Minderheiten.
- #IndianWomenInHistory: Die Erinnerung an nicht erzählte Geschichte von Frauen, die Indien prägten.

dem Haus gehen sollen, weil es nicht sicher sei. Bei den Märschen fragten die Frauen nach dem Grund. Der Grund sind die Männer. Daher fragten die Frauen am Schluss, warum es nicht eine Ausgangssperre für Männer gibt, wenn sie die Straße unsicher machen!

GEGEN ONLINE-GEWALT. In Indien gibt es auch das Problem des Identitätsdiebstahls. Im Namen von Frauen werden Fakeseiten erstellt, die mit Pornoseiten verlinkt werden. Bei Trennungen passiert es, dass Männer Frauen damit erpressen, dass sie Persönliches im Internet veröffentlichen, wenn die Frauen nicht tun, was sie wollen. Auch das ist nicht neu. Da wird das Offline-Leben wieder online gespiegelt. Frauen zensieren sich dann selbst. Sie sind der Online-Gewalt müde. Wenn sie die Fälle an die Betreiber der Social Media Plattformen melden, gibt es keine Reaktion. Daher blocken die Frauen lieber, als Online-Gewalt zu melden. Diese wird nicht als wirkli-



che Gewalt angesehen. Dabei kommt es hier zu psychischen Folgen wie Depressionen, Schlaflosigkeit oder Konzentrationsproblemen. Frauen wird die Schuld zugeschoben „Warum hast du deinem Ex-Freund die Fotos gegeben?“ Das ist wieder wie in der Offline-Welt: „Warum bist du am Abend rausgegangen?“ Feminism in India arbeitet weiter daran, das zu ändern.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://feminismindia.com>.

Amnesty-Frauenrechtsaktivist*innen in Bern bei einer Solidaritätsaktion mit den Frauen in Indien

16 TAGE GEGEN GEWALT AN FRAUEN

16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen ist eine internationale Kampagne, die jedes Jahr vom 25. November bis 10. Dezember stattfindet. Auf der ganzen Welt nützen Fraueninitiativen den Zeitraum vom Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen (25. November) bis zum Internationalen Tag der Menschenrechte (10. Dezember), um auf das Recht auf ein gewaltfreies Leben aufmerksam zu machen.

Inzwischen liegt die internationale Beteiligung bei über 800 Organisationen und rund 90 verschiedenen Ländern. Österreich nimmt seit 1992 an der Kampagne teil. Seit 1999 ist der 25. November auch von den Vereinten Nationen als offizieller internationaler Gedenktag anerkannt. Er geht auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet wurden, zurück. Sie waren im Untergrund tätig und hatten sich an Aktivitäten gegen den tyrannischen Diktator Trujillo beteiligt.

Veranstaltungskalender: aof.at/16-tage-gegen-gewalt



Exponat der NÖ Landesausstellung 2017 „Alles was Recht ist“ in Pöggstall
© Amnesty-Aktivistin I. P

HASS GEGEN FRAUEN IM NETZ

Beleidigungen, Beschimpfungen, Drohungen - Politikerinnen, die einer ethnischen Minderheit angehören, und Frauen, die sich in den (un)sozialen Medien für Frauenrechte einsetzen, trifft der Hass im Netz besonders.

Pamela Merritt ist eine Online-Aktivistin. 2005 startete sie ihren bekannten Blog „Angry Black Bitch“. Sie benutzt diesen sowie andere Social Media Accounts, um Möglichkeiten von Aktivismus für ethnischen Minderheiten, LGBTIQ-

Frauen im Fokus der Öffentlichkeit erfahren sehr viel Online-Gewalt. Zum einen, weil sie sich für ein Thema stark machen. Zum anderen, weil sie Frauen sind. Dies ist beunruhigend, da es sie davon abhält, sich online frei in Diskussionen zu äußern.



Die britische Abgeordnete Diane Abbott erhielt die meisten Beschimpfungen auf Twitter.

Menschen oder für reproduktive Rechte zu schaffen. Beschimpfende Tweets, rassistische, sexistische oder homophobe Kommentare sowie vereinzelte Morddrohungen sind für sie schon Teil des Online-Aktivismus.

„Wenn du über Schwangerschaftsabbruch oder sexuelle Gewalt schreibst, bekommst du Vergewaltigungsandrohungen“, weiß sie. Wenn möglich, meldet sie diese den sozialen Netzwerken, doch ihre Erfahrungen zeigen, dass sich diese nur sehr selten darum kümmern. Twitter hat bisher erst eine ihrer Meldungen ernst genommen. Als Aktivistin bringt sie nicht nur sich selbst in Gefahr, sondern auch die Menschen, die ihr nahestehen. Am wichtigsten für Pamela sind ihre Familie und ihre Freund*innen. Ihr ist bewusst, dass es aus 200 Morddrohungen nur eine Person benötigt, die es wirklich versucht. Es gab einen Vorfall, bei dem sich das FBI einschaltete und Pamela informierte, sie solle sehr vorsichtig sein und Posts, die Rückschlüsse auf ihren genauen Aufenthaltsort zulassen, vermeiden, da eine Rechtsextremist versuche, sie zu finden.

DOPPELT ANGEFEINDET. Zwischen Jänner und Juni 2017 analysierte Amnesty Großbritannien alle Tweets, die eine der 177 weiblichen Abgeordneten (Members of Parliament - MPs) erwähnen. Uie Untersuchung ergab, dass fast die Hälfte (41 Prozent) aller beleidigenden Tweets an nur 20 MPs adressiert waren. Bei diesen handelt es sich um Frauen aus ethnischen Minderheiten. Hier zeigt sich Intersektionalität, also die Überschneidung unterschiedlicher Formen der Diskriminierung (hier: Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit), sehr deutlich. Welcher Partei die Betroffenen angehörten, war irrelevant.

Am stärksten betroffen war Diane Abbott. Sie ist die erste schwarze Abgeordnete und erhielt fast ein Drittel aller beschimpfenden Tweets (im Durchschnitt 51 pro Tag). Kurz vor den Wahlen stieg die Anzahl noch an. Die Beleidigungen waren hauptsächlich auf ihr Geschlecht und ihre Ethnizität bezogen und gingen bis zur Androhung von sexueller Gewalt.

Gewalt online zu erfahren, kann eine ebenso schlimme Erfahrung sein wie offline. Es ist eine Menschenrechtsverletzung an Frauen, bedroht ihre Sicherheit, Meinungsfreiheit und Teilnahme am öffentlichen Leben. Es kann zudem zu schweren psychischen Schäden führen, Opfer dieser Art der Gewalt zu werden.

Sowohl die Regierungen als auch die sozialen Netzwerke haben die Verantwortung, Gewalt an Frauen online zu unterbinden, gegen sie zu ermitteln und sie zu bestrafen. Es muss sichergestellt werden, dass es Frauen, die diese Plattformen nutzen, möglich ist, sich frei auszudrücken, ohne dabei Angst haben zu müssen.



Online-Gewalt ist heuer das Amnesty-Thema der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen. Mehr dazu finden Sie auf



[amnestynetzwerkfrauenrechte](#)



MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN BRAUCHEN IHRE STIMME!

Mit der Kampagne „Es beginnt hier“ will Amnesty weltweit die Arbeit von Menschenrechtsaktivist*innen und eine starke Zivilgesellschaft unterstützen.

Überall auf der Welt setzen sich Menschen für den Schutz der Menschenrechte ein. Weltweit tun Menschen einfach das Richtige. Es können Lehrer*innen, Landarbeiter*innen, Journalist*innen, politisch Oppositionelle, Büroangestellte, Studierende und viele mehr sein. Amnesty International respektiert und unter-

GEFANGEN IM NETZ DER UNTERDRÜCKUNG. Seit 2013 wurden Dutzende von Aktivist*innen im Iran wegen ihrer friedlichen Menschenrechtsarbeit zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Viele andere mussten Überwachung, Verhöre und langwierige Strafverfahren, die sie zur Selbstzensur zwangen, über sich ergehen lassen. Die



stützt diese Menschen als Menschenrechtsverteidiger*innen.

Der Einsatz für Menschenrechte ist weltweit gefährlicher geworden. Immer mehr Regierungen schränken Stück für Stück unsere Freiheit ein und unterdrücken die, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Viele Stimmen wurden schon zum Schweigen gebracht. Das können wir nicht akzeptieren!

Der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement, Organisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen wird zunehmend durch Unterdrückung und Überwachungsmaßnahmen eingeschränkt. Regierungen bekämpfen, verfolgen und überwachen Menschenrechtsverteidiger*innen anstatt sie zu unterstützen und zu schützen.

Welle der Repression scheint ein Versuch der Behörden zu sein, jegliche Hoffnung nach Veränderung zu zerschlagen (s. AKTIVISTIN 3/2017).

Präsident Rohani und seine Regierung haben es versäumt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um diese Verstöße zu stoppen. Im Gegenteil: Berichte über die schwierige Menschenrechtssituation wurden in Interviews und in Stellungnahmen an die UN gelehnet, und man behauptete, dass Irans Justiz unabhängig sei und niemand im Land wegen der friedlichen Inanspruchnahme seines Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit inhaftiert sei. *Der Schutz der Menschenrechtsaktivist*innen im Iran ist Teil der Kampagne „Es beginnt hier“.*

WERDEN SIE AKTIV!

Schicken Sie bitte den Appellbrief ab und fordern Sie Schutz für Menschenrechtsverteidiger*innen im Iran.

Mehr zur Kampagne auf action.amnesty.at/esbeginnthier

20 JAHRE UN WOMEN IN ÖSTERREICH

Das UN Women Nationalkomitee Österreich setzt sich durch Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising für die Verbesserung des Lebens von Frauen auf der ganzen Welt ein.

Von Flora Bachmann, Imke Steimann, Barbara Wagner, Mitglieder des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

UN Women Österreich feierte im Oktober sein 20jähriges Bestehen.

Am 13. Oktober 1997 wurde das Österreichische Nationalkomitee für UNIFEM gegründet. Für die Gründerin, Botschafterin Dr.ⁱⁿ Irene Giner-Reichl, begann die Geschichte vom UN Women Nationalkomitee Österreich im Jahre 1995 in Peking. Als Leiterin des Referates für Internationale Frauenfragen im Außen-

Dr.ⁱⁿ Brigitte Brenner die Präsidentschaft des Österreichischen Nationalkomitees für UNIFEM. In diesen Jahren stand vor allem die Zusammenarbeit mit der Friedensinitiative Regional Women's Lobby for Peace, Security and Justice in Southeast Europe im Vordergrund. Die Initiative setzt sich für mehr Frauenbeteiligung in der politischen Landschaft der Balkanstaaten ein.



Die Präsidentin des UN Women Nationalkomitees Dr.ⁱⁿ Desirée Schweitzer mit Dr. Hans Lampalzer, Leiter der High-Level Planning Group
© UN Women

ministerium und stellvertretende Vorsitzende der UN-Frauenstatuskommission hatte sie die Möglichkeit, an der 4. Weltfrauen-Konferenz teilzunehmen. Einerseits konnte sie das Engagement vieler Frauen und Männer sehen, die sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen. Andererseits musste sie den Widerstand gegen die Verwirklichung dieses Ziels feststellen. Mit der Gründung des Nationalkomitees schuf sie eine Plattform in Österreich, die sich dafür einsetzt, die Gleichberechtigung von Frau und Mann zu erreichen.

Von 2001 bis 2006 übernahm Botschafterin

VON UNIFEM ZU UN WOMEN. Im Jahre 2010, während der Präsidentschaft von Dr.ⁱⁿ Lilly Sucharipa, die von 2006 bis 2016 andauerte, wurden alle 18 UNIFEM Nationalkomitees in der neuen Frauenorganisation der Vereinten Nationen (UN Women) vereint. Dieser Strukturwandel von einer Organisation, die die Botschaft der Stärkung der Frauen verbreitete, hin zu einer Organisation, die primär für das Fundraising von UN Women Projekten zuständig ist, war eine große Herausforderung. Lilly Sucharipa gelang es, diese beiden Ziele zu vereinen und die Organisation einen Schritt näher in Richtung Zukunft zu bringen. Im vergangenen Jahr hat die Botschafterin Dr.ⁱⁿ Desirée Schweitzer den Sitz der Präsidentin des UN Women Nationalkomitees in Österreich übernommen.

Im derzeitigen Zentrum der Arbeit steht das Flüchtlingslager Za'atari nahe der syrischen Grenze im Norden Jordaniens. Dort leben 80.000 syrische Flüchtlinge, davon sind 80 Prozent Frauen und Kinder. Sie haben die Möglichkeit eine der sechs Schulen im Lager zu besuchen. 2016 hat UN Women Österreich mehr als 20.000 Euro gespendet. Im April 2017 haben einige der Mitglieder das Lager (auf eigene Kosten) besucht, um sich von der Lage vor Ort zu überzeugen. Za'atari ist eine sogenannte UN Women Oase. Das heißt, dass Frauen und Mädchen die



Möglichkeit bekommen, ein Jahr lang dort unter Anderem Teppiche zu weben, Mosaik zu fertigen und zu nähen. Sie erhalten Unterricht und lernen Schreiben, Lesen, Englisch und das Arbeiten am Computer. Zudem werden sie durch Frauen beraten, betreut und erhalten eine Aufklärung über ihre Rechte. Dies sind alles Fähigkeiten, die sie in Zukunft einsetzen können, um ein eigenständiges Leben zu führen.

Am 12. Oktober 2017, also fast genau 20 Jahre später, hat die Organisation UN Women Österreich ihre vergangenen Erfolge bei einem Empfang in der Diplomatischen Akademie Wien gefeiert und uns einen Ausblick auf die kommenden Jahre gegeben.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER OSZE. Bei der Feier hielt Dr. Thomas Greminger, Generalsekretär der OSZE einen Festvortrag. Er sprach über die Arbeit der OSZE und deren Zusammenarbeit mit UN Women. Zentral für die OSZE ist der umfassende Sicherheitsbegriff. Im Rahmen des umfassenden Sicherheitsbegriffes werden nicht nur militärische, sondern auch zivile Mittel berücksichtigt. Es werden dabei auch gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen berücksichtigt.

Dr. Greminger betonte, dass beim umfassenden Sicherheitsbegriff die Gleichstellung von Frauen und Männern eine wichtige Rolle spielt. Die OSZE arbeitet bei der Umsetzung ihrer Ziele mit lokalen Partner*innen zusammen. Wichtig ist dabei die Zusammenarbeit mit Behörden zur Anpassung von Rechtsvorschriften. Frauen müssen auch ökonomische Rechte, wie ein Recht auf Kreditaufnahme und Eigentum, erhalten. Daneben werden von der OSZE Workshops zur Stärkung der Geschlechterrolle abgehalten. Die OSZE unter-

stützt auch die Entwicklungsziele der AGENDA 2030 hinsichtlich Gleichstellung. Weiters sprach er als bestehende Probleme noch die anhaltende Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt, Unterrepräsentation in Politik, beim Umweltschutz und bei Konfliktregelungen an.

Greminger betonte darüber hinaus die Wichtigkeit der Kooperation der OSZE mit UN Women für die Stärkung von Frauen, da sich beide Organisationen gut ergänzen. So arbeiten sie bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zusammen, zu Frauen und Umwelt und Gleichstellungsfragen. UN Women war auch Partnerin bei einer Studie zur Lage der Frauen in zehn OSZE-Ländern, um zielgerichtet helfen zu können.

Das Thema Gewalt gegen Frauen muss den Stellenwert bekommen, den es haben muss. Dazu bedarf es mehr Kapazitäten für Polizei und Militär für die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen sowie einen besseren Erfahrungsaustausch.

Er betonte, wie wichtig es ist, dass mehr Frauen im Exekutivbereich tätig werden. So sind Netzwerke von Expert*innen im Sicherheitssektor auf nationaler Ebene zu bilden, um Frauen in Friedensprozessen in Konfliktregionen besser einzubinden: „Frauen müssen als Akteurinnen für eine bessere und sichere Welt genutzt werden.“

UN WOMEN - Projekte: Im Flüchtlingslager Za'atari in Jordanien nähen Frauen aus alten UNHCR Zeltplanen Stofftaschen.

Die Kampagne HeForShe ermuntert Männer, sich für Gleichstellung zu engagieren.

UN WOMEN ist ein Unterorgan der UN Generalversammlung (wie z.B. UNDP, UNICEF, UNFPA). Die Exekutivsekretärin - derzeit Phumzile Mlambo-Ngcuka - hat direkten Zugang zum UN Generalsekretär und ist in allen höchsten Entscheidungsgremien der Vereinten Nationen vertreten. Dadurch wird eine bessere Koordination aller Gender-Themen im gesamten Bereich der UN Organisationen gewährleistet.

UN Women hat Nationalkomitees in derzeit 14 Ländern weltweit, die durch beispielhafte Aktivitäten wirksame Unterstützung leisten.

Mehr Information: www.unwomen-nc.at



MENSCHENHANDEL IST EIN SCHWERES VERBRECHEN

Im Rahmen des österreichischen OSZE-Vorsitzes veranstaltete die österreichische „Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels“ am 20. Oktober dieses

Jahres eine Konferenz zum Thema „MENSCHENHANDEL IN KONFLIKT- UND KRISENSITUATIONEN“. Mitveranstalter*innen waren die OSZE-Sonderbeauftragte und Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels, das Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC) und die Internationale Organisation für Migration (IOM). Anlass war der Tag der Europäischen Union zur Bekämpfung des Menschenhandels.

Die österreichische „Task Force zur Bekämpfung des Menschenhandels“ wurde 2004 gegründet. Sie steht unter der Leitung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres. In der Task Force arbeiten Vertreter*innen aller sachlich zuständigen Ministerien, der Bundesländer, der Sozialpartner und von Nichtregierungsorganisationen eng zusammen.

In welchen Formen und in welchem Ausmaß dieses Verbrechen weltweit geschieht, war Thema einer Konferenz der OSZE in Wien. Dass dieser Konferenz ein hoher Stellenwert während des österreichischen OSZE-Vorsitzes eingeräumt wurde, davon zeugten nicht nur der Veranstaltungsort (Hofburg), die hohe Zahl der Teilnehmer*innen, sondern auch hochkarätig besetzte Podien. Die beiden thematischen Schwerpunkte waren

1. Menschenhandel, Konflikte und Krisensituationen: Erfahrungen vor Ort
2. Menschenhandel im Kontext erzwungener Migration aus Genderperspektive

WAS WIR ÜBER MENSCHENHANDEL WISSEN. In ihren einleitenden Worten hoben Madina Jarbussynova (OSZE-Sonderbeauftragte und Koordinatorin zur Bekämpfung von Menschenhandel) und Elisabeth Tichy-Fisslberger (Nationale Koordinatorin zur Bekämpfung des Menschenhandels) und Franz Lang (Leiter des Bundeskriminalamtes in Wien) einige grundsätzliche Aspekte hervor:

- ▶ Menschenhandel geschieht grenzübergreifend, weltweit, auch in Österreich.
- ▶ Menschenhandel hat unterschiedliche Erscheinungsformen und ist einem ständigen Wandel unterworfen („Angebot und Nachfrage“).
- ▶ Ursachen sind: Armut, Krieg, Konflikte, wirtschaftliche Krisen, Gesetzlosigkeit / Geset-

zeslücken, hohe Jugendarbeitslosigkeit, Menschen in prekären Situationen ohne Zukunftshoffnung.

- ▶ Menschenhandel hat einen hohen Gender-Aspekt: Betroffen sind vor allem Frauen und Kinder.
- ▶ Flucht und Menschenhandel sind nicht zu trennen.
- ▶ Menschenhandel geschieht auch in Form von Zwangsrekrutierung von Kindern im Rahmen des Terrorismus, aber auch bei verschiedenen Formen der Bettelei.
- ▶ Der Menschenhandel hat in den letzten 20 Jahren enorm zugenommen.
- ▶ Die Methoden der Menschenhändler werden immer raffinierter; dabei hinken die Ermittler in ihren Erkenntnissen immer hinterher.
- ▶ Menschenhandel ist die drittlukrativste Form der organisierten Kriminalität (nach Waffen und Drogen).
- ▶ Menschen können immer wieder verkauft werden.
- ▶ Menschenhandel hat eine enorm zerstörerische Kraft auf die betroffenen Personen.

EIN BEWEGENDER MOMENT. Ergreifend war der Auftritt von Lamiya Aji Bashar (Bild oben als Referentin), jener Jesidin, die eine einjährige Gefangenschaft im IS erleiden musste, während dieser Zeit fünf mal an IS-Kämpfer verkauft wurde und die auf ihrer Flucht, bei der eine Leidensgenossin durch eine Bodenmine

getötet wurde, selbst schwer verletzt wurde. Ihr junges Gesicht zeigt zahlreiche Narben, ihr Gesichtsausdruck und ihre Augen sind tieftraurig. Ich fragte mich, ob sie jemals wieder lachen können. Lamiya Aji Bashar berichtete von den schweren Menschenrechtsverletzungen, die an den gefangenen Jesidinnen begangen wurden und weiterhin begangen werden (noch etwa 3000 entführte Frauen und Mädchen sind in der Gewalt des IS, niemand weiß, wo sie sind). Sie appellierte an die Regierungen der Welt, diese Frauen und Mädchen nicht zu vergessen. Sie verwies auf das Land Baden-Württemberg in Deutschland, das mehr als 1000 Jesidinnen aufgenommen hat. Österreich habe versprochen, 300 Jesidinnen im Rahmen des Resettlement-Programms aufzunehmen, aber bisher sei nichts passiert.

PODIUM 1: MENSCHENHANDEL, KONFLIKTE UND KRISENSITUATIONEN: ERFAHRUNGEN VOR ORT. Themenschwerpunkte waren hier:

► Die Routen der Migration aus Afrika (vor allem Nigeria), durch die Wüste nach Libyen und dann über das Mittelmeer. Der Bericht von Othman Belbeisi, dem Leiter der IOM (Internationale Organisation für Migration) über die Situation von Migrant*innen in Libyen waren haarsträubend; dort herrschen Gesetzlosigkeit, Ausbeutung, Versklavung, (sexuelle) Gewalt; in Zeitungsberichten können wir immer wieder darüber lesen. In den letzten Jahren beunruhige auch die wachsende Zahl von Frauen aus Nigeria, die von Menschenhändler*innen (ja, auch Frauen beteiligen sich an dem Geschäft) über Libyen nach Italien, Österreich und Deutschland geschleust werden. Belbeisi erinnerte eindringlich an die vielen Toten beim Weg durch die Wüste, die möglicherweise die Zahl der Toten im Mittelmeer übertreffe, und deren Namen niemand kennt.

► Menschenhandel im Zusammenhang mit Rekrutierung für terroristische Aktivitäten. Dies betrifft besonders auch Jugendliche und Kinder aus den OEZE-Ländern. Die Methoden

der Rekrutierer würden psychologisch immer raffiniert, Krisensituationen würden ausgenutzt, Anerkennung versprochen, z.B. als Frau eines Kämpfers. Ganze Familien würden im Namen Allahs gelockt, mit der Hoffnung auf ein „besseres“ Leben.

► Bemerkenswert war der Bericht von Samantha McCorman (Globale Initiative gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität) über innerirakischen Menschenhandel. Menschenhandel finde nicht nur über Grenzen hinweg statt, sondern in vielen Ländern auch innerhalb des Landes. Im Irak z.B. leben 11 Mio von insgesamt 36 Mio Menschen als innerirakische Flüchtlinge in äußerst prekären Verhältnissen, in erbärmlichen Flüchtlingslagern. Dort herrsche eine „Kultur der Zwangsverheiratung“ von z.T. sehr jungen Mädchen, angeblich um diese vor sexualisierter Gewalt und Ausbeutung zu schützen und „die Familienehre zu wahren“. Dabei würden sie nach ihrer Verheiratung häufig wie (Sex)Sklavinnenn gehalten und hätten keinerlei Rechte. Vom IS entführte Kinder würden als Terrorhelfer ausgebildet.

► Überraschende Einblicke in die Situation von Flüchtlingen in Uganda gab der Bericht von Isaac Arinaitwe (Programmmanager, Plattform for Labour Action (PLA)). Uganda (35 Mio Einwohner) sei schon seit Jahrzehnten das Ziel von zahlreichen Flüchtlingen aus den umliegenden Ländern, besonders aus dem Südsudan, aus Burundi, Somalia und Ruanda. So seien 2017 z.B. mehr als 1,3 Mio Menschen als Flüchtlinge nach Uganda gekommen, davon 85 Prozent Frauen und Kinder, 61 Prozent Kinder unter 18 Jahren. Innerhalb Afrikas gelte der Umgang mit den Flüchtlingen in Uganda als vorbildhaft und wird auch von der UHNCR gelobt: Uganda hat eine sehr liberale Flüchtlingspolitik, fast jeder und jede erhält Asyl. Jede Flüchtlingsfamilie bekommt von der Regierung einen halben Hektar Land zur Bewirtschaftung und Selbstversorgung. Die Flüchtlinge können sich

„Menschenhandel ist ein lukratives Geschäft.“

UNTERSCHIED ZWISCHEN MENSCHENHANDEL UND SCHLEPPEREI

Menschenhandel geschieht unter Einsatz unlauterer Mittel ohne Einwilligung der Person zum Zweck der Ausbeutung (Sexarbeit, Bettelei, unbezahlte oder unterbezahlte Arbeit am Bau, im Haushalt u.a.).

Bei der Schlepperei besteht eine grundsätzliche Einigung zwischen schleppenden und geschleppten Personen. Der Fokus liegt auf dem (illegalen) Transport. Aber es gibt Überschneidungen, z.B. wenn eine geschleppte Person das Entgelt ausbeuterisch „abarbeiten“ muss.

im Land frei bewegen, sie können arbeiten (so sie Arbeit finden), die Kinder können in die Schule gehen (43 Prozent der Flüchtlingskinder besuchen eine Schule). Auf die Frage aus dem Publikum, wie denn die einheimische Bevölkerung auf diese liberale Flüchtlingspolitik reagiere, lautete die Antwort: Es gebe keine Feinseligkeiten, Uganda habe eine lange Tradition der Flüchtlingsaufnahme. Für Menschenhandel gebe es in Uganda keinen fruchtbaren Boden, empowerment der Flüchtlinge sei offizielle Regierungspolitik



Die Referent*innen der Konferenz „Menschenhandel in Konflikt- und Krisensituationen“ am 20. Okt. 2017
© OSCE/Salko Agovict

auch im eigenen (wirtschaftlichen) Interesse. Allerdings stoße Uganda mit der Aufnahme von einer Million Menschen aus dem Südsudan an seine Grenzen, die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung durchaus auch. UN-Generalsekretär António Guterres hat deshalb die Weltgemeinschaft zu mehr Unterstützung für die Flüchtlingshilfe in Uganda aufgerufen.

- ▶ Und schließlich: Menschenhandel in Österreich. In Österreich ist die Haupterscheinungsform des Menschenhandels sexuelle Ausbeutung (Ö als Destinations- und Transitland). Aber auch Arbeitsausbeutung und Bettelei, inklusive organisierte Begehung von Straftaten (durch Kinder) spielen eine große Rolle. Herkunftsländer sind: Rumänien, Un-

garn, Bulgarien, Nigeria (sexuelle Ausbeutung), Rumänien, Serben, Ungarn, Philippinen, Bosnien-Herzegowina (Arbeitsausbeutung, z.B. auf Baustellen und in Haushalten), Rumänien, Slowakei, Bularien (Bettelei).

PODIUM 2: MENSCHENHANDEL IM KONTEXT ERZWUNGENER MIGRATION AUS GENDERPERSPEKTIVE. Die besonderen Bedürfnisse und die Betreuung von Frauen, die Menschenhändlern im Zuge von Migration zum Opfer fallen, waren Thema des zweiten Panels. Ausgehend von der Tatsache, dass 71 % der Opfer von Menschenhandel Frauen und Mädchen sind, hielt Frau Prof.in Christine Chinkin (em. Prof.in für Völkerrecht an der School of Economics in London) einen Vortrag über internationale Abkommen für den Schutz von Frauenrechten, z.B.:

- ▶ CEDAW-Konvention (1979): UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen.
 - ▶ Palermo-Abkommen (2000): Festschreiben von Straftatbeständen der grenzüberschreitenden Kriminalität im Allgemeinen und im Besonderen zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels.
 - ▶ Europarat 2005: Durch die Definition von „Menschenhandel = Verletzung von Menschenrechten“ wird der Menschenhandel in den Kontext der Allgemeinen Menschenrechte gestellt; Menschenhandel und Gendergewalt in globalen Konflikten werden als Straftatbestand festgeschrieben; ebenso die Pflicht des Staates, Opfer von Menschenhandel zu schützen. Gefordert wird eine kohärente Politik im Kampf gegen Menschenhandel im Kontext der Allgemeinen Menschenrechte.
 - ▶ Istanbul 2011: Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt; schafft verbindliche Rechtsnormen bei Gewalt an Frauen.
- Ein wichtiges Fazit der Ausführungen von Ch. Chinkin: Menschenhandel muss im Rahmen der Allgemeinen Menschenrechte gesehen,

„Opfer von Menschenhandel haben Anspruch auf Schutz durch den Staat.“

verfolgt und bestraft werden und das bedeutet: Opfer von Menschenhandel haben Anspruch auf umfassenden staatlichen Schutz.

Nach diesen Ausführungen kam Evelyn Probst, Leiterin von LEFÖ (Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels in Österreich) zu Wort. Sie argumentierte leidenschaftlich: Etwa 80 Prozent aller nigerianischen Frauen, die nach unerhörten Strapazen über das Meer nach Europa kommen, seien Opfer von Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung. Täter seien dabei nicht nur Männer, sondern auch sogenannte „Madames“, ältere nigerianische Frauen, die früher selbst oft in der Prostitution gearbeitet hätten und sich daraus befreien konnten. In ihrem Aufgabenbereich hatten sie im letzten Jahr allein 100 Frauen aus Nigeria zu betreuen. Die Frage, warum diese Frauen zu LEFÖ kommen, beantwortete sie so: Die Frauen wollen

- ▶ zur Schule gehen,
 - ▶ nicht mehr tagtäglich Angst haben,
 - ▶ wenn sie schwanger sind: als Schwangere respektiert werden,
 - ▶ dass ihre Kinder nicht arbeiten müssen.
- Evelyn Probst betonte, dass „Frauen, die Zeit ihres Lebens von genderspezifischer Gewalt betroffen sind, Sicherheit brauchen, damit sie Vertrauen aufbauen können und Lebensperspektiven entwickeln“. Dieses Vertrauen aufzubauen, sei ein wichtiges Ziel der Arbeit von LEFÖ. Leider aber werde dieses Vertrauen durch staatliche Maßnahmen in vielen Fällen immer wieder zerstört, werden die Frauen der Angst und Unsicherheit über ihre Zukunft überlassen. Sie schilderte den Fall einer Frau aus Nigeria, die von Menschenhändlern zunächst nach Italien (in die Hände einer „Madame“) gebracht, dann weiter nach Österreich verkauft wurde, um auch hier als Prostituierte zu arbeiten. Bei einer Razzia sei sie befreit worden, bei LEFÖ habe

„Staatssicherheit untergräbt die Beachtung der Menschenrechte“

sie schließlich einen Unterschlupf gefunden. Die 17jährige vertraute sich der Polizei an, nannte die Namen der Täter in Österreich; diese wurden festgenommen und verurteilt. Die junge Frau aber wollten die österreichischen Behörden entsprechend dem Dublin-Abkommen zurückverfrachten nach Italien, wo sie wieder in die Hände ihrer Peinigerin gefallen wäre. Der Fall ist noch nicht entschieden. Dieses Vorgehen, so Evelyn Probst, sei kein Sonderfall, das Sicherheitsdenken des Staates untergrabe immer häufiger die Rechte der von Menschenhandel und das heißt von Menschenrechtsverletzungen betroffenen Frauen. LEFÖ fordert deshalb, den Frauen in dem Land Schutz zu gewähren, in dem sie um Schutz ansuchen.

Eine Wortmeldung aus dem Publikum verstärkte den Eindruck, dass es eine wachsende Tendenz gibt, den Opfern den notwendigen Schutz zu verweigern: Die Regierenden (welche gemeint waren, konnten die Anwesenden sich selbst denken) redeten zwar davon, den Menschenhandel einzudämmen. Sie setzen dabei aber Menschenhandel mit Migration gleich. Indem sie Menschenhandel und Migration gleichsetzen, verwischen sie bewusst die Unterschiede. Im Bewusstsein der Menschen im Lande entstehe dadurch eine Art Gleichung: Migration = Menschenhandel, ergo: Der Kampf gegen Migration ist ein Kampf gegen Menschenhandel, und das soll letztendlich nahelegen: Migration (und Migrant*innen) müssen mit allen Mitteln bekämpft werden. Diese Einschätzung der gegenwärtigen Politik wurde vom wissenden Publikum heftig beklatscht.

Nach der Plenarveranstaltung wurden noch vier Workshops für Personen angeboten, die in ihrer Arbeit mit dem Thema Menschenhandel oder den Opfern von Menschenhandel befasst sind.

ÖSTERREICHISCHE INITIATIVEN GEGEN MENSCHENHANDEL

„Task Force Menschenhandel“ (seit 2004) unter Leitung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äu-Beres

mit Untergruppen zu

- Kinderhandel
- Prostitution
- Arbeitsausbeutung

050 11 50-0

abtif2@bmeia.gv.at

(www.bmeia.gv.at)

Die von der Task Force herausgegebene „Broschüre zu Menschenhandel“ enthält wichtige Basisinformationen.

Anonyme Meldestelle bei Verdacht auf Menschenhandel: Hotline des Bundeskriminalamtes:

(+43) (0) 677 61343434

menschenhandel@bmi.gv.at

OPFERSCHUTZ-EINRICHTUNGEN

LEFÖ-IBF (Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels; ab 15 Jahren):

1/79 69 298; ibf@lefoe.at

(www.lefoe.at)

MEN VIA (Unterstützung für Männer als Betroffene von Menschenhandel)

0699/17 48 21 86;

kfj.men@wienkav.at

(www.men-center.at/via)

Kinder- und Jugendhelferträger in Wien:

DREHSCHIEBE

0676/81 1890982

drehscheibe@ma11.wien.gv.at

Von Eva-Maria Jenkins-Krumm, Mitglied des Amnesty-Netzwerks Frauenrechte

REGEN FÜR DIE WELT

Die „Aktion Regen“ stärkt Frauenrechte in Ländern des Globalen Südens durch Aufklärung über Geburtenkontrolle und Gesundheit.

Von Nadine Haumann,
Mitglied des Amnesty-Netzwerks
Frauenrechte

Gerade auf dem Gebiet von Frauengesundheit und Mutterschutz fehlt vielerorts sehr viel Aufklärungsarbeit. Weltweit sterben täglich 830 Frauen an den Folgen von Komplikationen in der Schwangerschaft oder bei der Geburt, 99 Prozent davon in Entwicklungsländern. Erheblich dafür verantwortlich sind Teenager-Schwangerschaften und zu viele Geburten in zu kurzen Abständen. Vielen ist nicht bewusst, dass der Körper nach einer Geburt dringend Erholung braucht, oder dass Stillen keine Verhütung ist.

WICHTIGE AUFKLÄRUNGSARBEIT in diesem Bereich leistet seit über 25 Jahren die Aktion Regen unter der Leitung von Frau Dr.ⁱⁿ Maria Hengstberger. Besonders wichtig für diese Arbeit sind verschiedene Tools, die das Wissen auch für Menschen, die weniger Bildung erfahren haben, gut begreifbar machen. Die von ihr und den ehrenamtlichen Ärztinnen der Aktion Regen ausgebildeten Rain Worker erklären den Gebrauch vor Ort, begegnen so den Menschen auf Augenhöhe und verbreiten das Wissen. Die Tools sind die wichtigsten Aufklärungsbehelfe zu den Themen Familienplanung, Mutter-Kind-Gesundheit, FGM (weibliche Genitalverstümmelung) und reproduktive Gesundheit. Sie sind selbsterklärend und wissenschaftlich korrekt, und erlauben so

effektive Aufklärung und Wissensvermittlung. Nun hat Dr.ⁱⁿ Hengstberger ein neues Tool vorgestellt, das der bereits erfolgreich verwendeten Mothers Health Card ähnelt, und Frauen wie auch Männer über die Wichtigkeit einer Pause zwischen Geburten aufklärt.

Dieser Mutterschutzbutton kann als Amulett oder Button zum Anstecken getragen werden, um seine wichtige Botschaft stets vor Augen zu halten. In einer Studie der Mayo-Clinic im Jahr 2011 wurde aufgezeigt, dass es wichtig für die Gesundheit der Mutter ist, zwischen Geburt und erneuter Schwangerschaft eine Pause von mindestens 18 Monaten einzuhalten, um erheblich zur Senkung von Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt beizutragen und die Müttersterblichkeit zu verringern. Auch den Männern soll mit Hilfe des Buttons bewusst gemacht werden, dass es ebenso für sie schwerwiegende Folgen hat, wenn sie bei der nächsten Schwangerschaft oder Entbindung ihre Frau verlieren.

Um auf dieses fundamentale Wissen aufmerksam zu machen, hat die Aktion Regen nun das Jahr der Mütter ausgerufen. Aus diesem Anlass habe ich für das Amnesty Netzwerk Frauenrechte das folgende Gespräch mit Dr.ⁱⁿ Hengstberger geführt.

Anschauliche Hilfsmittel zu Aufklärung und Geburtenkontrolle



Die wichtigsten Tools

< Little Mom

Anti-FGM-Tool

Zum Einstieg: Was hat Dich bewegt, in die Entwicklungshilfe zu gehen? Was hat Dich bewegt, diese Arbeit zu machen?

Der Auslöser war eigentlich eine Emotion. Ich hatte mir als Gynäkologin einen Namen gemacht mit einem ungewöhnlichen Projekt, nämlich blinde Frauen zur Brustkrebsvorsorge auszubilden. Das Projekt war sehr erfolgreich, und der Karl-Heinz Böhm hat davon in der Zeitung gelesen, also hat er mich gefragt, ob ich einmal nach Äthiopien kommen würde, um einen Health Worker in Gynäkologie auszubilden. Ich habe dort gesehen, dass die Frauen ein Kind nach dem anderen bekommen haben, Kondome oder andere Verhütungsmittel gab es nicht, also habe ich versucht, zumindest den Zyklus der Frau zu erklären. Und weil ich gesehen habe, dass eigentlich alle Menschen dort, sogar die kleinen Kinder, Ketten tragen, habe ich beschlossen, eine Perlenkette zu entwerfen, die den weiblichen Zyklus veranschaulicht. Diese Geburtenkontrollkette ist zur einfachen Verständlichkeit entwickelt worden. Die gelben Perlen erinnern an Wüste, also unfruchtbar, die blauen an Wasser, also fruchtbar, und dann eben rot für die Monatsblutung. Jeden Tag wird ein kleiner Gummiring auf die nächste Perle weiter geschoben, so dass die Frau nachvollziehen kann, wo im Zyklus sie sich gerade befindet.

Welchen Schwierigkeiten begegnen Frauen in den sogenannten Entwicklungsländern, gerade wenn es um ihre reproduktiven Rechte und ihre Gesundheit geht?

Es ist eine uralte kulturelle Frage, dass die Frauen fast nichts zu reden haben, dass der Mann das Sagen hat und dass man vor allem auch viele Kinder zu haben hat. Das war auch einmal absolut berechtigt und zum Überleben wichtig, weil eben auch sehr viele Menschen und Kinder gestorben sind. Das Problem hat eigentlich begonnen, als die NGOs aufgetaucht sind, und plötzlich gab es einen Brunnen und bessere Versorgung und eben bessere Chancen zu



Dr.ⁱⁿ Maria Hengstberger im Gespräch mit Müttern

© Aktion Regen

überleben, und dann bleiben bei einer Familie halt nicht drei Kinder übrig, sondern acht. Ich bin nicht dafür, dass man in Gegenden, wo es wenig Überlebenschancen gibt, Familienplanung macht, das wäre kontraproduktiv. Aber es muss ein Gleichgewicht geben. Und daher finde ich, sollten viel mehr NGOs auch über Familienplanung aufklären und erklären, warum es sinnvoll und notwendig wäre.

Das heißt, es besteht auch sehr wenig Wissen über den weiblichen Zyklus und die fruchtbaren Tage?

Ganz wenig oder gar keines. Nicht nur, dass die Frauen kein Mitspracherecht haben, sie werden einfach schwanger, es passiert eben. Daher ist die Aufklärung überall wichtig, auch in Indien, Sibirien, Brasilien, aber auch in Afrika, wo wir bereits über 400 Rain Worker ausgebildet haben. Und dieser Beruf des Rain Workers ist ja nicht über Nacht entstanden. Wir haben gemerkt, wir brauchen diese Brückenbauer*innen, die die Sprache des Volks auch mit der Seele sprechen.

Es müssen also die Frauenrechte gestärkt werden?

Ja sicher! Mit der Aufklärung fängt es an, aber man muss die Frauen auch über ihre Rechte aufklären und diese stärken, aber in einer Weise, die ihnen Vorteile bringt.

Wie ist die Rolle der Männer? Interessieren sie sich für die Gesundheit der Frauen? Wie stark müssen sie motiviert werden, um Initiative zu ergreifen?

Männer kann man sicher integrieren. Aber man müsste schon vermehrt hier bei uns in den NGOs afrikanische Männer für Männer einsetzen. Das machen in Österreich leider sehr we-



Ein Rainworker erklärt die Verwendung der Babyketten.

nige NGOs, aber genau deswegen habe ich einen Mann aus Mali im Team, der genau diese Punkte anspricht. Das kann ich als Frau nicht. Er ist selbst der Sohn einer zehnköpfigen Familie. Er hat studiert, aber hier in Österreich keine Arbeit bekommen, auch nicht bei NGOs. Also habe ich ihm eine Chance gegeben, und er öffnet jetzt die Türen zu den Männern in vielen afrikanischen Ländern, nicht nur in Mali. Wenn ich eine Idee habe, berät er mich, wie sie für afrikanische Männer umzusetzen wäre. Es ist bei unserer Rain Worker-Ausbildung ganz wichtig, dass etwa gleich viele Männer und Frauen ausgebildet werden. Frauen setzen sich besonders für Frauen ein und Männer für Männer.

Wie können denn gerade Frauen in westlichen Ländern Frauenrechte in Entwicklungsländern stärken, wie können sie die Frauen unterstützen? Ich finde immer, das kann heikel sein, denn es soll ja nicht so aussehen, dass „wir“ uns hinstellen und sagen „Ich, die weiße Frau, rette jetzt die Frauen in Afrika“, sondern das muss auf Augenhöhe passieren.

Ja, das muss auf Augenhöhe passieren! Wir promoten unser Wissen durch Vorträge von Frau zu Frau. Ich kann z. B. als Frauenärztin über alle Probleme nicht nur als Ärztin reden, sondern auch als Betroffene, und so machen das auch unsere Ärztinnen vor Ort. Die Frauen sind vor allem dankbar für das Verständnis, und durch unsere Tools bekommen sie erstmals wirklich greifbare Hilfe. Wenn man ein Modell

einer Gebärmutter mit den Eileitern und der Scheide sieht, kann man sich auch wirklich etwas darunter vorstellen. Zweitens müssen wir auch das Gefühl weitergeben: Ich weiß, was es heißt, Mutter zu sein. Ich bin selbst Mutter und Großmutter, und das können wir den Frauen vermitteln. Da kann man sich die Hand reichen. Ich weiß, wie man bei Problemen helfen kann, und das gebe ich gerne weiter. Die Vorträge von Frau zu Frau, die ich als Gynäkologin unter dem Motto „Biete Wissen gegen Spende“ gehalten habe, waren immer gut besucht.

Wie hast Du eigentlich begonnen, die Tools zu entwickeln? Woher kommen die Ideen für diese Tools?

Als ich diese Arbeit begonnen habe, war ich ja schon über zehn Jahre Gynäkologin. Also habe ich mir überlegt, was hätte ich gerne, wenn ich eine Frau wäre, die keine Ahnung hat. Das habe ich ja auch immer wieder in der Praxis erlebt, dass eine Frau zu mir gekommen ist, die sich gar nicht ausgekannt hat. Also dachte ich, am besten ich erkläre alles mit Behelfen, die mein Gegenüber versteht. Wichtig ist mir das Verständnis, aber noch wichtiger ist die Möglichkeit der Wiederholung. Wenn ich ein Tool habe, habe ich Wissen in eine Form gebracht, die wiederholbar ist. Ich kann also die Babykette weitergeben, und sie wird wieder weitergegeben, und so wird sie nicht nur verbreitet, sondern ihre Erklärung auch immer wiederholt, und so gelangt das Wissen ins Unterbewusstsein, und da möchte ich es gerne hinhaben!

Man kann Menschen, die kulturell ganz anders aufgewachsen sind und zu unserem Wissen keinen Zugang haben nicht mit unseren Methoden Wissen vermitteln, sie müssen von sich aus spüren, dass das angebotene Wissen für sie hilfreich sein kann. Ich will nicht nur Wissen vermitteln, sondern dass lebenswichtiges Wissen im Unterbewusstsein meiner Mitmenschen verankert wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist: Wer lehrt, der lernt. Ich habe unsere Rain Worker beobachtet, wenn sie die Babykette erklären. Ihr Zyklusbe-



wusstsein ist manifest und nachhaltig. So ähnlich, hoffe ich, wird es mit dem Mutterschutz-Tool. Wenn ich immer wieder Frauen sehe, die das Amulett tragen, und Männer, die den Button tragen, dann geht das Bild ins Unterbewusstsein über und mir wird deutlich, ich muss mich schützen.

Der Mutterschutzbutton ist ja eigentlich eine vereinfachte Version der Mutterschutzuhr. Warum also der Button bzw. das Amulett?

Ich kann mich noch erinnern als Kind, da hatte meine Großmutter eine Brosche mit drei spielenden Kindern, die hat sie immer getragen. Und wenn sie sie mal nicht getragen hat, war mein Großvater der erste, der gesagt hat „Wo hast Du denn Deine Brosche?“ Auf dieselbe Art hoffe ich, dass es ins Unterbewusstsein geht, wenn ein Button oder Amulett von einer Frau getragen wird. Für sie ist es wichtig, sich nach der Geburt zu schützen, um zu vermeiden, dass sie gleich wieder schwanger wird. Aber auch der Mann muss sich seiner Verantwortung bewusst sein und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Wenn er also an seiner Frau das Amulett sieht, hat er ständig vor Augen, wie er sich zum Wohle der Gesundheit seiner Frau – seiner ganzen Familie – verhalten muss. Als kleines Extra habe ich das Amulett für die Frauen auf der Rückseite mit einem kleinen Spiegel versehen, als zusätzlichen Anreiz, das Amulett zu tragen. Jede Frau ist eitel und einen Spiegel immer bei sich zu haben ist in jedem Fall ein Geschenk.

Warum ist es so wichtig, eine Pause zwischen zwei Geburten einzulegen? Was sind die gesundheitlichen Folgen für eine Frau, wenn sie ein Kind nach dem anderen bekommt?

Gerade in Entwicklungsländern, wo so viel Leid auf die Frauen zukommt, wo sie gefährdet sind durch Malaria, Typhus, Infektionen, ist eine Erholungspause besonders wichtig. Oft leidet die Frau bereits an Vitaminmangel, ist unterernährt, und schon geringere Komplikationen während der Geburt können so gefährlich

oder sogar lebensbedrohend sein. Die größten Komplikationen sind dabei Blutungen, z.B. die vorzeitige Plazentalösung. Wenn man die Menschen auf Risiko und Komplikationen aufmerksam macht, verstehen sie auch, warum wir dringend zu einem größeren Abstand zwischen den Geburten raten. Keiner würde bei Rot über die Straße gehen, wenn er weiß, dass die Gefahr groß ist, überfahren zu werden. Deswegen ist mein Credo: Wissen vermitteln heißt Freiheit weitergeben.

Wie sehen Deine Ziele für die Zukunft aus? Welche Entwicklungen wünschst Du Dir, wie sehen die weiteren Pläne aus?

Ich hatte von Anfang meiner Tätigkeit als Entwicklungshelferin an zwei Ziele. Das eine Ziel war die Wissensvermittlung. Und das zweite Ziel war, NGOs untereinander zu vernetzen. Bei meinem Einsatz in Äthiopien wurde ich zu einer nur wenige Kilometer entfernten NGO als Gast gebracht, die sich untereinander kaum gekannt haben. Nur durch eine liebe Freundin habe ich Kontakt bekommen, aber die eine NGO hat von der anderen NGO nichts gewusst. Und das habe ich in allen Ländern immer wieder erleben müssen!

Daher ist mein zweitgrößtes Ziel, vielleicht durch die Verbreitung unserer Tools mithilfe unserer Rain Worker eine NGO-Vernetzung aufzubauen. Organisationen haben keine Hände. Menschen haben Hände, die sie sich reichen können. Rain Worker sind Networker. In dem Sinne wie sie unsere Tools verbreiten, werden unsere Ausbildungszentren immer mehr zu Clouds-Projekten. Daher danke ich Dir auch für die Wahl des Titels für mein Interview. Wir suchen für den Ausbau dieses Clouds-Projektes noch ehrenamtliche Manager*innen, vielleicht von Amnesty International, die uns helfen, neue Kontakte zu internationalen NGOs aufzubauen und die so mithelfen, dass mehr Menschen zu unseren Rain Tools und Motivationsmethoden Zugang haben.

Ich danke Frau Dr.ⁱⁿ Hengstberger ganz herzlich für das Gespräch. Für weitere Informationen und wenn Sie die Aktion Regen unterstützen möchten, besuchen Sie www.aktionregen.at

„BLEIBT NICHT STUMM“

Überlebende sexueller Gewalt im Südsudan verlangen Gerechtigkeit und Entschädigung.

WERDEN SIE AKTIV!

Schicken Sie bitte den Appellbrief an den Präsidenten des Südsudan noch im Dezember ab.

Frauen warten darauf, als Flüchtlinge in Kuluba, Uganda registriert zu werden

© Natalia Jidovanu

Seit Ausbrechen des bewaffneten Konflikts in Juba im Südsudan im Dezember 2013 wurden tausende Frauen Opfer sexueller Gewalt. Das Ausmaß der Brutalität ist schockierend und wird körperliche, psychische und soziale Auswirkungen über Jahrzehnte hinaus haben. Sexuelle Gewalt wird seit Dezember 2013 von Regierungstruppen und bewaffneten Oppositionstruppen gleichermaßen ausgeübt.

Eine 2015 in vier Flüchtlingslagern in Juba durchgeführte Untersuchung zeigte, dass seit Ausbruch des Konflikts 72 Prozent der dort lebenden Frauen vergewaltigt wurden, hauptsächlich durch Polizisten und Soldaten. Bei Weiterbestehen des Konflikts muss mit einem Anstieg der Gewalt gerechnet werden. Überlebende beschreiben, wie weit verbreitet sexuelle Gewalt ist. Sobald Zivilist*innen in die Nähe des Militärs kommen, findet sie statt. Sei es bei militärischen Angriffen auf Dörfer, bei Durchsuchungen bewohnter Gebiete, entlang von Straßen oder an Checkpoints sowie nach Entführungen und in Haft. Bei den meisten Vorfällen kommt es zu weiterer Gewalt wie Mord, Plünderungen oder Zerstörung von Häusern. Ältere Frauen, junge Mädchen und Schwangere werden nicht geschont. Regierungs- und Oppositionstruppen wählen ihre Opfer häufig auf Grund ihrer Volkszugehörigkeit oder politischen

Zugehörigkeit aus. Behörden im Südsudan haben bei der Untersuchung sexueller Gewalt oder dabei, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, versagt. Der Grund sind fehlende Ressourcen im Bereich der Strafjustiz und das Fehlen eines klaren politischen Bekenntnisses zur strafrechtlichen Verfolgung sexueller Gewalt.

SCHAM UND STIGMA. Überlebende sexueller Gewalt benötigen dringend mehr Hilfe für die Wiederherstellung der körperlichen und seelischen Gesundheit. Einige Opfer leben mit der ständigen Angst, ob sie sich mit einer sexuell übertragbaren Krankheit wie HIV/AIDS angesteckt haben. Überlebende haben große Schwierigkeiten, die entsprechende medizinische Versorgung zu erhalten. In ländlichen Regionen kann die nächste medizinische Einrichtung zu weit entfernt, die Straßen dorthin sind oft unsicher. Hinzu kommt die Scham. Das Stigma, Opfer sexueller Gewalt zu sein, hält Betroffene davon ab, medizinische Hilfe zu suchen. Spezialisierte Gesundheitseinrichtungen für psychische Probleme gibt es im Südsudan praktisch keine. Scham, Stigmatisierung sowie Zurückweisung durch Partner und Familienmitglieder belasten die Opfer weiter. In einigen Fällen schlugen oder verließen die Ehemänner ihre Frauen, als sie von der sexuellen Gewalt erfuhren. Der Südsudan muss das Thema der Stigmatisierung von sexueller Gewalt ansprechen, etwa durch Aufklärungskampagnen, Verdammnis von allen Formen sexueller Gewalt und einem Bekenntnis für Gerechtigkeit und Entschädigung für die Opfer.

Zuallererst müssen aber die Misshandlungen enden. Regierung und alle Oppositionsgruppen müssen durch klare Order sexuelle Gewalt verbieten und sicherstellen, dass ihre Mitglieder keine sexuelle Gewalt mehr ausüben. Die Truppen müssen entsprechend geschult und angemessen überwacht werden. Die Verantwortlichen von Misshandlungen sind zur Verantwortung zu ziehen.

Bericht: "Do not remain silent": Survivors of sexual violence in South Sudan call for justice



Absender*in:

Wang Xiaohong - Director of Beijing
Municipal Public Security Bureau
No.9 Dongdajie
Qianmen
Dongchengqu
Beijingshi 100740
VOLKSREPUBLIK CHINA

Dear Director,

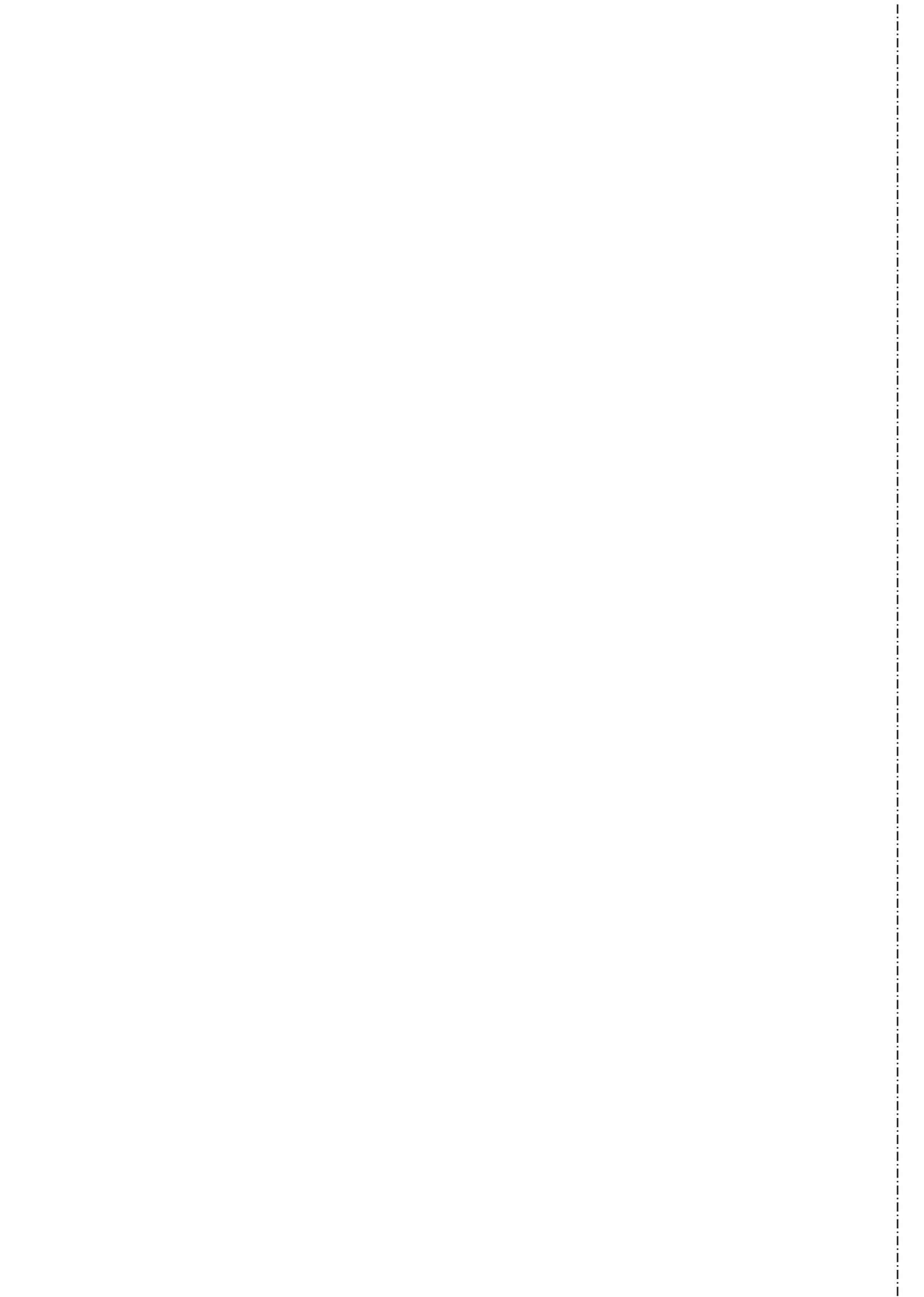
I urge you to stop the harassment of Ni Yulan and her family and allow them to find an adequate accommodation in Beijing.

I also urge you to lift the travel ban on Ni Yulan and provide her with a valid passport so she can travel abroad if she wishes.

I ask you to carry out a thorough, transparent and impartial investigation into the ongoing harassment of Ni Yulan and her family and hold those responsible to account in line with international human rights law and standards.

Moreover, I urge you to ensure that residents in Beijing are not evicted without adequate notice, consultation and that all those affected have access to adequate alternative accommodation; carry out investigations into allegations of harassment and attack by police hired thugs during evictions; and seek durable solutions to the housing needs of residents who have been forcibly evicted from their home.

Sincerely,



Absender*in:

Prime Minister Andrew Holness
Office of the Prime Minister
1 Devon Road
Kingston 10
JAMAICA

Dear Prime Minister,

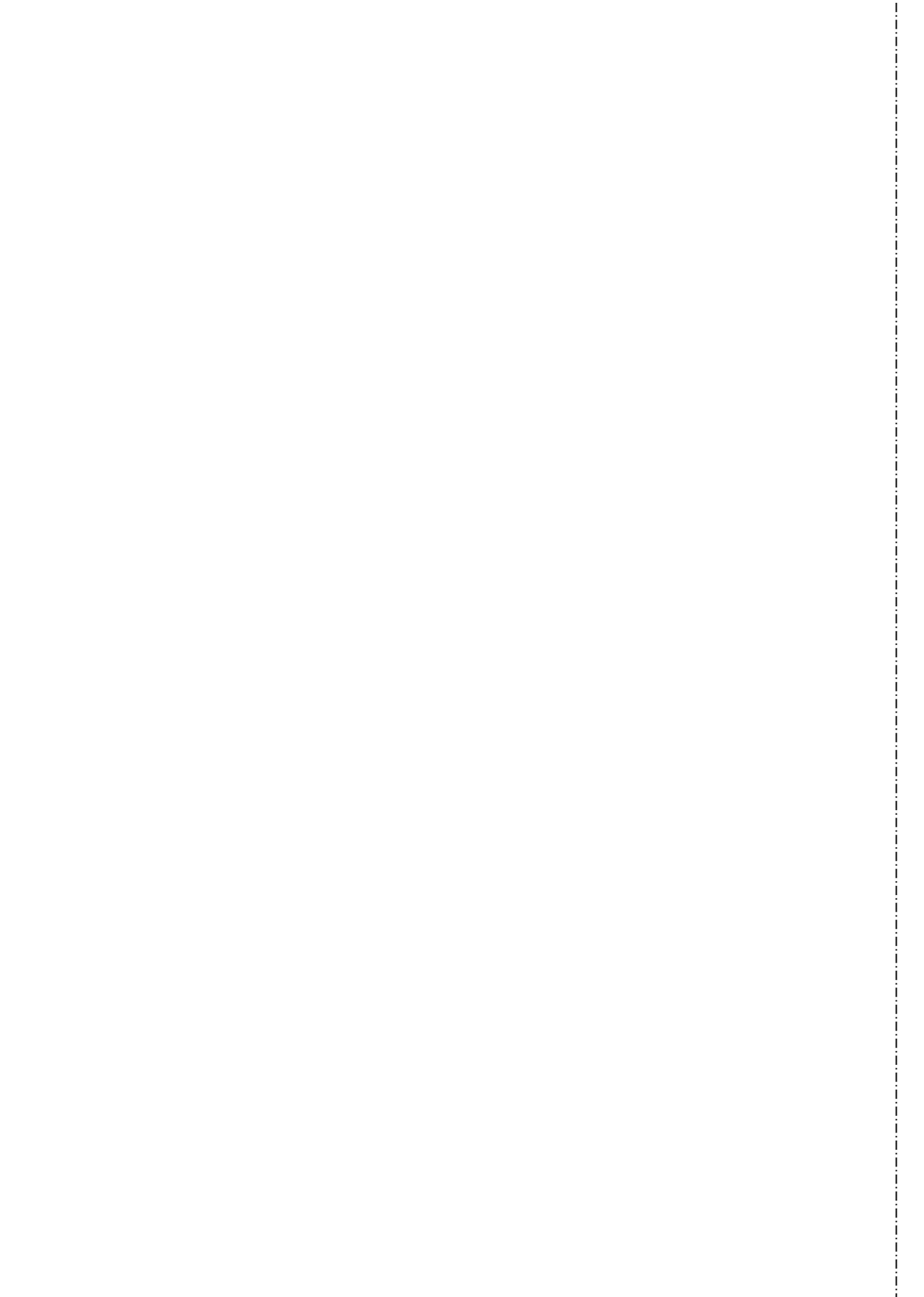
I urge you to protect Shackelia Jackson and her family and ensure justice for all those unlawfully killed by the police.

When her brother, Nakiea, was gunned down by police, Shackelia took on a sluggish court system to lead a bold fight for justice for his murder. In doing so, she rallied dozens of families whose loved ones were similarly killed. In response, the police have repeatedly

raided and harassed her community. Police killings of mainly young and mostly poor men is all too common in Jamaica, with some 2,000 killed in the past decade.

It's time to end this scourge.

Yours sincerely,



Absender*in:

Head of the Judiciary
Ayatollah Sadegh Larijani
c/o Public Relations Office
Number 4, Deadend of 1 Azizi
Above Pasteur Intersection
Vali Asr Street, Tehran
IRAN

Your Excellency,

I want to express my deep concern regarding the crackdown on human rights defenders in Iran. Since 2013, scores of them have been sentenced to long prison terms in connection with their peaceful human rights activities. Many have been subjected to surveillance, threats, harassment, interrogations and torture.

I respectfully remind you that targeting human rights defenders violates international law and legal instruments to which Iran is a state party.

I therefore urge you to release immediately and unconditionally Esmail Abdi, Atena Daemi, Golrokh Ebrahimi Iraee, Narges Mohammadi, Arash Sadeghi, Reza Shahabi, Abdolfattah Soltani and all other human rights defenders who have been imprisoned solely for peacefully exercising their rights to freedom of expression, association and assembly.

Pending their release, ensure that all are given any adequate medical care they need, if necessary, outside prison.

Please end the misuse of the criminal justice system to target human rights defenders and ensure a safe environment where it is possible to defend and promote human rights without fear of reprisal, punishment or intimidation.

Respectfully,

Exzellenz,

ich möchte Ihnen meine tiefe Besorgnis über das harte Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen im Iran bekunden. Seit 2013 wurden Dutzende von ihnen wegen ihrer friedlichen Aktivitäten für die Menschenrechte zu langen Haftstrafen verurteilt. Viele von ihnen erlitten Überwachung, Drohungen, Schikane, Verhöre und Folter.

Ich möchte Sie höflichst daran erinnern, dass dieses Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen internationalem Recht und gesetzlichen Verpflichtungen, zu denen sich der Iran bekannt hat, widerspricht.

Ich bitte Sie daher dringend, alle, die nur wegen ihrer friedlichen Inanspruchnahme ihres Rechts auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in Haft sind, sofort und bedingungslos freizulassen, insbesondere Ismail Abdi, Atena Daemi, Golrokh Ebrahimi Iraee, Narges Mohammadi, Arash Sadeghi, Reza Shahabi und Abdolfattah Soltani.

Stellen Sie bis zu ihrer Freilassung sicher, dass sie jede notwendige medizinische Behandlung erhalten, falls nötig, außerhalb des Gefängnisses.

Bitte beenden Sie den Missbrauch des Strafrechts gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und geben Sie ihnen ein sicheres Umfeld, in dem es möglich ist, die Menschenrechte ohne Angst vor Unterdrückung, Bestrafung oder Einschüchterung zu verteidigen und zu fördern.

Hochachtungsvoll,

Absender*in:

Botschaft der Republik Südsudan
I. E. Frau Sitona Abdalla Osman
Leipziger Platz 8
10117 BERLIN
DEUTSCHLAND

PLEASE FORWARD TO PRESIDENT SALVA KIIR MAYARDIT

Your Excellency,

since the outbreak of South Sudan's internal armed conflict in 2013, thousands of women, men, and children have been subjected to brutal sexual violence (such as rape, gang rape, sexual slavery), carried out by both government forces and armed opposition groups. In an Amnesty report of 2017, survivors recount their disturbing experiences. They call for the perpetrators to be held accountable, for reparations, and for measures to address the social fractures that cause and result from sexual violence. I ask your government to ensure that ...

1. members of the security forces immediately cease all violations of international human rights law; forces are provided with training in the prohibition of sexual violence;
2. all forms of sexual violence are criminalized - including rape, sexual slavery, enforced prostitution, enforced pregnancy, enforced sterilization;
3. any obstacles in national law or policy which serve as barriers to investigation, prosecution, and adjudication of crimes of sexual violence will be removed;
4. sufficient points of access for women to report incidents of sexual violence will be offered and more women police officers recruited;
5. reparation programs fully address the needs of survivors of sexual violence and that the survivors can access comprehensive sexual and reproductive health services;
6. stigma against sexual violence survivors will be eradicated, sexual violence will be spoken out publicly as well as apologies to victims.

Respectfully,

Exzellenz,

im Südsudan sind seit Ausbruch des internen bewaffneten Konflikts 2013 Tausende von Frauen, Männern und Kindern Opfer brutaler sexueller Gewalt geworden (wie Vergewaltigungen, Gruppenvergewaltigungen, sexuelle Versklavung) – und dies sowohl seitens staatlicher Sicherheitskräfte als auch bewaffneter oppositioneller Gruppen. In einem Amnesty-Bericht aus 2017 berichten Überlebende über verstörende Erfahrungen. Sie fordern, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, sie fordern Wiedergutmachung sowie Maßnahmen gegen die sozialen Bruchstellen, die sexuelle Gewalt einerseits verursachen, andererseits aus ihr resultieren.

Deshalb fordere ich Sie auf sicher zu stellen, dass

1. die Mitglieder staatlicher Sicherheitskräfte sofort aufhören, international gültige Menschenrechte zu verletzen, dass sie trainiert werden, sexuelle Gewalt zu verhindern;
2. alle Arten sexueller Gewalt als Verbrechen eingestuft werden – inklusive Vergewaltigung, sexueller Versklavung, Zwangsprostitution, erzwungene Schwangerschaft und Sterilisation;
3. in Ihrer nationalen Gesetzgebung jedwede Barrieren beseitigt werden, welche die Ermittlung, Verfolgung und Verurteilung sexueller Gewalt behindern;
4. ausreichend Anlaufstellen für Frauen bereit gestellt werden, wo sie über Vorfälle sexueller Gewalt Bericht erstatten können und dass mehr weibliche Polizisten eingestellt werden;
5. Wiedergutmachungsprogramme voll auf die Bedürfnisse weiblicher Überlebender sexueller Gewalt zugeschnitten sind und sie Zugang zu umfassenden Leistungen im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit erhalten;
6. die Stigmatisierung der Opfer sexueller Gewalt beendet wird, dass diese Gewalt Gegenstand öffentlicher Diskussion wird und den Opfern öffentliche Entschuldigung zuteil wird.

Hochachtungsvoll,



TRANSGENDER-RECHTE GESTÄRKT

GRIECHENLAND. „Die Verabschiedung einer Gesetzesreform, die es ermöglicht, die sexuelle Identität vor dem Gesetz anerkennen zu lassen, ist ein historischer Schritt nach vorne für die Rechte von Transgender-Menschen in Griechenland“, sagt Amnesty International. Das neue Gesetz wurde am 10. Oktober verabschiedet, eigens damit Transgender-Personen ihr Geschlecht in ihren Papieren ändern können, ohne dafür medizinische Eingriffe oder Behandlungen vorweisen zu müssen. „Die heutige Reform ist ein hart erkämpfter Sieg für die Aktivist*innen von Transgender-Rechten in Griechenland, die seit Jahren für eine Gleichstellung von Transgender-Personen kämpfen. Es ist eine klare Botschaft, dass niemand gezwungen werden sollte, sich einer medizinischen Behandlung zu unterziehen, nur damit sie offiziell als das anerkannt werden, was sie sind,“ sagte Fotis Filippou, stellvertretender Direktor von Amnesty Europa. „Während diese Reform einen historischen Schritt in die richtige Richtung darstellt, ist der Kampf noch nicht vollständig gewonnen. Die griechische Regierung muss weitere Gesetzesänderungen vornehmen um zu gewährleisten, dass Transgender-Personen legal als das anerkannt werden, was sie sind, ohne dass sie dafür andere Rechte aufgeben müssen.“

BREITE UNTERSTÜTZUNG. Amnesty International hat dieses Jahr an der Seite der griechischen Transgender Support Association (SYD), Colour Youth und All Out for a fair reform of legal gender recognition in Greece, unterstützt von Transgender Europe und ILGA-Europe gearbeitet.

Fast 24.000 Personen sind der Kampagne beigetreten, welche die griechische Regierung dazu aufgerufen hat, ihren Gesetzesvorschlag zu novellieren und Transgender-Personen so die legale Anerkennung ihrer geschlechtlichen Identität zu ermöglichen.

DIE MÄNGEL DES NEUEN GESETZES:

- ▶ Die Anerkennung muss von einem örtlichen Gericht durchgeführt werden, an Stelle eines einfachen, leicht zugänglichen Verwaltungsverfahrens.
- ▶ Die Notwendigkeit, dass das Gericht entscheidet, ob die äußere Erscheinung dem Geschlecht entspricht, dem die Person sich zugehörig fühlt, birgt das Risiko das Individuen geschlechtsspezifischen Vorurteilen entsprechen müssen.
- ▶ Das Gesetz erschwert den Zugang zur legalen Geschlechtsanerkennung für Transgender-Flüchtlinge und Migrant*innen.
- ▶ Das Gesetz schließt Personen, die sich nicht für eines der beiden biologischen Geschlechter entscheiden, vom Erwerb von Papieren, die ihre Geschlechtsidentität widerspiegeln, aus.
- ▶ Verheiratete Transgender-Personen werden gezwungen, sich scheiden zu lassen, bevor sie ihr Geschlecht von Rechts wegen ändern können.
- ▶ Wenn eine Transgender-Person Kinder hat, kann weder ihr Name noch ihr Geschlecht in den Geburtsurkunden der Kinder geändert werden. Dies ist eine Verletzung des Privatlebens von Transgender-Personen.
- ▶ Obwohl der rechtliche Vorgang allen Kindern ab 15 Jahren offen steht, bleiben allgemeine Altersbeschränkungen bestehen. Kinder, die um Geschlechtsanerkennung ansuchen, sollten nicht noch mit zusätzlichen Hürden konfrontiert werden, wie es der Bescheid über das neue Gesetz über die geistige Gesundheit von Kindern zwischen 15 und 16 Jahren erfordert.

Die oben genannten Bestimmungen des neuen Gesetzes zwingen Transgender-Personen, welche die rechtliche Anerkennung ihrer Geschlechtsidentität anstreben, zwischen dem Zugang dazu und der Inanspruchnahme anderer Menschenrechte zu wählen.

DEUTSCHLAND: DRITTES GESCHLECHT

Das Bundesverfassungsgericht fordert ein drittes Geschlecht für den Eintrag im Geburtenregister. Intersexuellen Menschen, die weder männlich noch weiblich sind, soll damit ermöglicht werden, ihre geschlechtliche Identität "positiv" eintragen zu lassen, entschied die Karlsruher Richter. Als wichtigen Schritt begrüßt Amnesty International den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Einführung eines dritten Geschlechts. Noch immer werden Kinder mit Variationen der Geschlechtsmerkmale ohne akute medizinische Notwendigkeit operiert oder überflüssigen Behandlungen unterzogen, um sie dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuzuordnen.

ERFOLGE! UNSER EINSATZ WIRKT.

BAHRAIN: MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERIN EBTISAM AL-SAEGH IST FREI



„Von eurer Unterstützung zu wissen, hat mich aufgeheitert und mir ein Gefühl der Sicherheit gegeben und das ist für alle Gefangenen äusserst wichtig.“

Dies waren die Worte, mit denen sich die bahrainische Menschenrechtsverteidigerin Ebtisam al-Saegh nach ihrer Freilassung bei Amnesty bedankt hat.

Unter welchen Auflagen und Umständen Ebtisam al-Saegh aus der Haft entlassen worden ist, sind wenig transparent, und das Verfahren gegen sie läuft weiter. Deshalb führt auch Amnesty ihre weltweite Urgent Action fort und fordert die Einstellung des Verfahrens gegen die Menschenrechtsverteidigerin.

JEMEN: UNO WILL KRIEGSVERBRECHEN UNTERSUCHEN

Seit mehr als zwei Jahren herrscht im Jemen Krieg. Nun will die Uno die Gewalt untersuchen: Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat ein internationales Expert*innenteam mandatiert, Kriegsverbrechen aller Konfliktparteien zu ermitteln. Die Resolution wurde Anfang Oktober einstimmig verabschiedet; sie ist das Ergebnis zäher Verhandlungen sowie das Resultat mehrjähriger Lobbyarbeit sowohl von jemenitischen Menschenrechtsorganisationen als auch von Amnesty und anderen internationalen NGOs.

„Die Resolution ist ein Sieg für alle jene im Jemen, deren Leid bisher von der internationalen Gemeinschaft weitgehend ignoriert worden ist. Sie gibt ihnen Hoffnung auf Gerechtigkeit“, sagt Anna Neistat, die Research-Direktorin von Amnesty. In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben alle am Krieg in Jemen beteiligten Parteien das internationale Recht verletzt: Rücksichtslose Bombardements und Artillerieangriffe haben zahllose Zivilpersonen getötet, andere wurden Opfer willkürlicher Verhaftungen und Verschwindenlassens. Trotzdem haben Sicherheits- und Menschenrechtsrat der UNO regelmässig versagt, dafür zu sorgen, dass Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen untersucht und geahndet werden.

TANSANIA: 13 AKTIVIST*INNEN FREIGELASSEN

In Tansania wurden am 27. Oktober 13 Personen, die sich für Gesundheits- und andere Menschenrechte einsetzen, darunter auch zwei südafrikanische Staatsangehörige und eine Person aus Uganda, freigelassen. Sie waren während eines Treffens festgenommen worden, auf dem die Entscheidung der tansanischen Regierung besprochen wurde, bestimmte Gesundheitsleistungen nur noch eingeschränkt anzubieten. Sie wurden inhaftiert und beschuldigt, ‚Homosexualität zu bewerben‘, obwohl es bei dem Treffen nicht um gleichgeschlechtliche Beziehungen ging.

Zur Freilassung kam es, nachdem ein Gericht zu dem Schluss gekommen war, dass nicht hinreichend Beweise für die von der Staatsanwaltschaft angestrebte Anklage, vorlagen.

ASERBAIDDSCHAN: ANGEHÖRIGE DER LGBTI COMMUNITY FREIGELASSEN



48 LGBTI-Personen, die bei Razzien in Baku festgenommen worden waren, wurden am 2. Oktober aus der Haft entlassen worden. Sie waren am 22. September von der Polizei in der Hauptstadt an öffentlichen Orten zusammengetrieben und festgenommen worden. Man verurteilte sie zu einer Verwaltungshaft von zehn bis 20 Tagen. Sie wurden beschuldigt, sich den rechtmässigen Anordnungen der Polizei widersetzt zu haben und daraufhin ohne weitere Beweise auf der Grundlage der Polizeiaussagen für schuldig befunden. Die Inhaftierten gaben an, im Gewahrsam von der Polizei geschlagen und weiteren Misshandlungen ausgesetzt worden zu sein.



**WIR DANKEN HERZLICH FÜR
IHRE UNTERSTÜTZUNG UND
WÜNSCHEN FROHE FEIERTAGE
UND EIN GUTES JAHR 2018!**

**Ihr Amnesty-
Netzwerk Frauenrechte**